

Karl Markus Kreis

Reaktionen in der deutschamerikanischen Presse
auf die nationalsozialistischen Judenverfolgungen:
„Buffalo Volksfreund“ und
„Aurora und Christliche Woche“, Buffalo, N.Y.

Impressum

Fachhochschule Dortmund
Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung
Nr. 17, März 2001
Herausgeber: Der Rektor der Fachhochschule Dortmund
Anschrift: Sonnenstraße 96, 44139 Dortmund
Verantwortlich für den Inhalt: Der Autor

© copyright
Samtliche Rechte beim Verfasser:
Prof. Dr. Karl Markus Kreis
Fachhochschule Dortmund
Fachbereich Sozialpädagogik
Emil-Figge-Straße 44, 44227 Dortmund
Postfach 105018, 44047 Dortmund
Telefon: 0231-755-4983
Telefax: 0231-755-4923
email: kreis@fh-dortmund.de

ISBN-Nr.: 3-9807661-0-1

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
I. Zur sozialen und politischen Situation bei Beginn der dreißiger Jahre	6
1. Deutschamerikaner und Neueinwanderer aus Deutschland	6
2. Die deutschamerikanische Presse	8
3. Der amerikanische Katholizismus	10
4. Vorgehensweise der Untersuchung	11
II. Presseberichte über Judenverfolgungen nach der „Machtergreifung“, Januar– März 1933	13
1. „Buffalo Evening News“	13
2. „Buffalo Volksfreund“	19
3. „Aurora und Christliche Woche“	28
III. Veränderungen zwischen 1933 und 1938	35
1. Die Deutschamerikaner und die deutschen Flüchtlinge	35
2. Die Deutschamerikaner und die amerikanischen Nazis	37
3. Der amerikanische Katholizismus	43
IV. Presseberichte über Judenverfolgungen bei und nach den Novemberpogromen 1938	45
1. „Buffalo Evening News“	45
2. „Buffalo Volksfreund“	49
3. „Aurora und Christliche Woche“	53
V. Fazit und offene Fragen	60
VI. Literatur	64
VII. Veröffentlichungen des Autors seit 1995 zu deutsch–amerikanischen und verwandten Themen	67

Vorwort

„Von Einwanderern und Feierabenddeutschen“ war der Gesamtbericht über mein Forschungssemester im Jahre 1995 betitelt, der in dieser Reihe 1996 vorgelegt wurde. Er wurde darüberhinaus in zusammengefaßter Form der Fachöffentlichkeit vorgestellt und veröffentlicht (siehe hierzu und zum folgenden die Publikationsliste am Ende des Berichts). Der hiermit vorliegende Bericht bezieht sich ebenfalls auf ein Forschungssemester (WS 1999/2000).

Er dokumentiert eine der aus dem früheren Bericht hervorgegangenen Fortsetzungen jener Arbeit. Andere Untersuchungen, die ebenfalls an den ersten Bericht anschließen, greifen weiter in der Geschichte zurück, bis ins 19. Jahrhundert, und widmen sich den Beziehungen zwischen deutschen Einwanderern und nordamerikanischer Urbevölkerung einerseits und Begegnungen zwischen diesen als „Indianer“ romantisierten Menschen und ihrem Publikum in Deutschland andererseits.

Die vorliegende Veröffentlichung greift einen wichtigen Teilbereich der neueren Geschichte des Deutschamerikanertums auf: das Verhalten der deutschen Einwanderer und ihrer Nachkommen in den USA gegenüber der nationalsozialistischen Politik in den 1930er Jahren. Es muß wieder daran erinnert werden, daß es für die Geschichte dieser größten ethnischen Gruppe in Buffalo keine historische Gesamtdarstellung gibt, die weiter reicht als bis zu den 1920er Jahren. Diese Lücke in der Aufarbeitung der Zeitgeschichte ist schmerzlich vor allem deshalb, weil sie eine von Ressentiments freie Diskussion über die Entwicklung der Deutschamerikaner in den 1930er und 1940er Jahren erschwert, in denen es in Buffalo wie im ganzen Land einerseits Nazi-Gruppen und -Sympathisanten gab, andererseits Deutsche, meist jüdischen Glaubens, vor Verfolgung durch die Nazis Zuflucht suchten. Unabdingbar für eine ehrliche Aufarbeitung wäre es, nach empirischen Antworten auf Fragen zu suchen wie etwa die, wie stark die Sympathien für das „neue Deutschland“ unter den Deutschamerikanern tatsächlich waren, wieviele überzeugte Nazis es unter ihnen gab, wie sich die anderen, vor allem in dem ausgeprägten Vereinswesen, verhielten einerseits gegenüber den Gleichschaltungsversuchen der Nazis, andererseits gegenüber den jüdischen Flüchtlingen aus der „alten Heimat“ usw.

Es scheint freilich, als gelte auch für Buffalo das Urteil von Cornelia Wilhelm in ihrer umfassenden Studie über die Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und deutschamerikanischen Vereinen: „Es ist schade, daß gerade die Deutschamerikaner selbst sich nie kritisch mit diesem Abschnitt ihrer Geschichte auseinandergesetzt haben.“ (Wilhelm 1998, 17) Dabei gibt es mittlerweile verschiedene Darstellungen des Nationalsozialismus und seines Umfeldes in den USA (s. die umfangreiche Literaturliste in Wilhelm 1998). Das Desiderat einer differenzierenden Untersuchung ist auch für Buffalo nicht unerfüllbar: Es gab dort zwei deutsche Zeitungen, die sehr gute Hinweise liefern können: der „Buffalo Volksfreund“ für die „German community“, also vor allem das „Vereinsdeutschtum“, und für das „Kirchendeutschtum“ (die beiden Begriffe aus Wilhelm 1998, 155) die „Aurora und Christliche Woche“. Als Einstieg und Anregung für weitere vertiefende Untersuchungen wird hier zu einem bestimmten Thema für eine abgegrenzte Zeit versucht, einen ersten Zugang in die Situation der dreißiger Jahre zu eröffnen.

I. Zur sozialen und politischen Situation bei Beginn der dreißiger Jahre

1. Deutschamerikaner und Neueinwanderer aus Deutschland

In der Geschichtsschreibung über die Deutschamerikaner herrscht weitgehende Einmütigkeit darüber, daß für sie der Erste Weltkrieg ein einschneidendes Ereignis bildete. Die von ihm ausgelöste antideutsche Stimmung wandte sich auch gegen die Deutschen im Lande. Allerdings wurde davon der Prozeß der Assimilierung der Eingewanderten weniger ausgelöst als vielmehr beschleunigt, in dem das traditionelle „Deutschtum“ sein Selbstbewußtsein und seine Stellung in der amerikanischen Gesellschaft einbüßte, gleichzeitig aber die Identifizierung mit der weißen amerikanischen Mehrheitsgesellschaft verstärkte. Ein Symptom dafür war beispielsweise die große Zahl von Namensänderungen in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Außenpolitisch setzte sich die Erfahrung des Weltkriegs für die Deutschamerikaner, und viele andere Menschen in den USA, in eine starke Neigung zum Isolationismus um - nie wieder sollte ihr Land in europäische Konflikte verwickelt werden. In der Einwanderungspolitik setzte sich ebenfalls eine allgemeine Tendenz zur Abschottung durch: 1924 wurde ein Quotensystem eingeführt, das die Neuzuwanderung insgesamt drosselte und die Zahl der Einwanderer an die Zahl der bereits im Lande ansässigen Angehörigen einer Nationalität koppelte. Infolgedessen zählte man 1930 zwar 1,6 Millionen in Deutschland geborene unter den insgesamt 124 Millionen Amerikanern, doch waren davon nur etwa 600.000 zwischen 1918 und 1930 eingewandert (Rippley 1984, 180-198; Rippley 1986, 179; Wilhelm 1998, 21).

Für Buffalo, dessen Deutschamerikaner uns hier beschäftigen werden, errechnete Andrew Yox in seiner umfassenden historisch-soziologischen Studie für die Mitte der 1920er Jahre folgende Verteilung der Bevölkerung: Von den insgesamt 538.000 Einwohnern Buffalos entfiel der prozentual größte Teil auf die Deutschamerikaner (25 %), gefolgt von den Polen (17 %), Angloamerikanern (15 %), Iren (10 %), Italienern (8 %), die restlichen 25 % umfaßten die übrigen Gruppen. Während die absolute Zahl der Deutschamerikaner in den Volkszählungen stetig stieg, war in diesem Jahr (1925) ihr prozentualer Anteil geringer als in den Jahrzehnten zuvor, weil die anderen Gruppen und damit die Gesamtbevölkerung stark zugenommen hatten (Anteil der Deutschen 1915: 29 %,

1900: 37 %, 1892: 39 %, 1875: 49 %). Yox meint damit aber keineswegs nur solche Einwohner, die in Deutschland geboren waren, sondern legt seinen Berechnungen die Haushalte mit entsprechenden Familiennamen zugrunde (Yox 1983, 385). Leider umfaßt Yox' Werk nicht mehr die dreißiger Jahre. Einer Meldung im „Volksfreund“ zufolge lebten etwa zehn Jahre später in Buffalo knapp 39.000 in Deutschland geborene Menschen (V 8. Aug. 1937).

Zur den politischen Einstellungen, die unter diesen Neueingewanderten eine Rolle spielten, schreibt Cornelia Wilhelm in ihrer breit angelegten Untersuchung über die nationalsozialistische Volkstumspolitik in den USA, unter Verwendung eines Lageberichts des Deutschamerikanischen Kongresses von 1932: „Im republikanisch-demokratischen und rechtsliberalen Weimar mit seinen antimilitaristischen Strömungen sahen sich häufig die extremistischen, nationalistischen Gegner und Kritiker von Liberalismus und Parlamentarismus dazu veranlaßt, die junge Republik zu verlassen. Ihre Vorbehalte gegen die Struktur des jungen Staates schienen in dessen ‚offensichtlichen‘ wirtschaftlichen und politischen ‚Versagen‘ bestätigt. In ihrer Rolle als ‚Auswanderer‘ sahen sie sich häufig ‚durch Uebervölkerung, wirtschaftliche und politische Not‘ ins Ausland getrieben.“ (Wilhelm 1998, 22) Im Einwanderungsland selbst lief der Assimilationsprozeß der „Weimarer“ Neueinwanderer „sowohl in die amerikanische Gesellschaft wie auch in die ethnische Subkultur der Vorkriegs-Deutschamerikaner, mühsam und sehr wenig zufriedenstellend“: sie waren tief enttäuscht „über die soziale Gnadenlosigkeit des Landes, über dessen Werteverständnis und über die weit fortgeschrittene ‚Amerikanisierung‘ der vor dem Krieg eingewanderten Deutschamerikaner, die keineswegs das vielgepriesene ‚Deutsch-Amerika‘ repräsentierten“ (Wilhelm 1998, 23). Das „Deutschtum“ hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg stark assimiliert und auf der lokalen Ebene weitgehend seinen Zusammenhalt in neighborhoods und communities verloren - eine Entwicklung, die durch die antideutsche Hysterie während des Ersten Weltkriegs noch verstärkt wurde. Einzige Anknüpfungspunkte für die Neueinwanderer waren die durch die Kriegsdiskriminierung erstarkten völkisch-nationalen Kreise des bür-

gerlichen Vereinswesens, die sich nach der Reichsgründung entwickelt hatten (Wilhelm 1998, 24). Wilhelm beschreibt detailliert anhand zahlreicher zeitgenössischer Quellen, wie sich die traditionellen Vereine, aber vor allem nationalsozialistisch geprägte neugegründete Organisationen bemühten, die Neueinwanderer jeweils in ihrem Sinne zu rekrutieren und zu organisieren. Die wichtigsten dieser Gruppen waren die 1924 in Chicago gegründete „Nationalsozialistische Vereinigung Teutonia“ und die etwa zur gleichen Zeit in New York und New Jersey ins Leben gerufenen Ortsgruppen der NSDAP. Im Gerangel zwischen diesen beiden Gruppen um die nationalsozialistische Alleinvertretung in den USA obsiegte Heinz Spanknöbel mit einem Konzept, das auf der Grundlage der NSDAP deutsche Staatsbürger in den USA in seiner Partei zusammenfassen sollte, und das er im Mai 1933 von der Berliner Parteiführung absegnen ließ, unter dem Namen „Bund der Freunde des Neuen Deutschland“, „Friends of the New Germany - FONG“ (Wilhelm 1998, 48-49). Der neue Name wurde angeblich deshalb gewählt, weil nach Hitlers Machtübernahme der Name NSDAP in der amerikanischen Öffentlichkeit auf Ablehnung stieß (Ripley 1984, 198). Schon seit mehreren Jahren waren die nationalistischen Gruppierungen der Neueinwanderer und ihrer geistigen Verwandten aus der Vorkriegszeit (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband USA, Stahlhelm USA, Freunde Deutschlands u.a. nationalistische Gruppen von Vorkriegseinwanderern) im Visier der Nazis, um sie im Sinne der Partei „gleichzuschalten“ und über sie Einfluß auf die übrigen deutschamerikanischen Vereine und Organisationen zu bekommen. (Wilhelm 1998, 51-57) Dieser Prozeß der Gleichschaltung wurde im Laufe des Jahres 1933 praktisch abgeschlossen, war aber noch im Gange, als Hitler an die Macht kam. In der amerikanischen Presseberichterstattung bis zur Zeit der Reichstagswahlen im März 1933, die uns hier beschäftigt, waren diese Entwicklungen kaum bekannt bzw. noch nicht abzusehen.

2. Die deutsch-amerikanische Presse

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es eine vielfältige deutschsprachige Presselandschaft auch in Buffalo. Davon waren in den dreißiger Jahren nur noch zwei größere Blätter übrig: der „Buffalo Volksfreund“ (im weiteren „Volksfreund“, zit. „V“) und die „Aurora und Christliche Woche“ (im weiteren

„Aurora“, zit. „A“). Beide waren ursprünglich weltanschaulich-politisch auf eine katholische Leserschaft ausgerichtet. Wie wir sehen werden, gilt dies aber in den dreißiger Jahren eindeutig nur noch für die „Aurora“. Die „Aurora“ erschien wöchentlich und hatte in den dreißiger Jahren eine Auflage zwischen 8.500 (1925) und 6.200 (1940). Die Erscheinungsweise des „Volksfreund“ variierte: bis Juni 1935 kam er täglich außer sonntags heraus, danach halbwochentlich aber zusätzlich mit der Ausgabe „Sonntagsblatt des Buffalo Volksfreund“ (Arndt/Olsen 1965, 320-321, 328-330). Über die Auflagenhöhe finden sich in dem Standardwerk von Arndt/Olsen keine Angaben, Yox berechnet für 1925 4.000 für die Sonntagsausgabe (Yox 1983, 412), Wilhelm hat für 1938 die Zahl 11.800 (Wilhelm 1998, 202). Auch wenn diese verschiedenen Berechnungen nicht im Detail eindeutig erscheinen, wird doch das allgemeine Bild deutlich: Die noch verbliebenen beiden deutschsprachigen Zeitungen konkurrierten um einen Markt, der in dem Maße enger wurde, wie die Nachkommen der vor dem Ersten Weltkrieg eingewanderten immer mehr in die englischsprachige Gesellschaft assimiliert wurden und der Gebrauch der deutschen Sprache hauptsächlich bei den aus Deutschland neu zugewanderten vorausgesetzt werden konnte. Die „Aurora“ stellte ihr Erscheinen 1943 ein; der „Volksfreund“ hielt, immer wieder reduziert und umgestaltet, noch mehrere Jahrzehnte durch und erscheint jetzt als zweimonatige, zweisprachige Zeitung „Volksfreund / People's Friend“ (Kreis 1996, 67-68; Kreis 1999, 175-176).

Die Entwicklung in Buffalo entsprach dem nationalen Trend. Zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der dreißiger Jahre schrumpfte landesweit die Zahl der deutschsprachigen Zeitschriften von etwa 800 auf weniger als 200 (und nach dem Zweiten Weltkrieg sank sie auf 60 im Jahre 1950, meistens Wochenschriften) (Wittke 1973, 282). Die Situation der Deutschamerikaner in Buffalo ist also durchaus nicht untypisch. Dies gilt auch für die dreißiger Jahre, d.h. für die Reaktion der deutschamerikanischen Presse auf die Nachrichten aus der „alten Heimat“ über den Aufstieg Hitlers und der NSDAP und ihre Politik. Gerhard Falk hat die exemplarische Bedeutung des „Volksfreund“ bereits in einer Untersuchung seiner Berichterstattung und Kommentierung dargelegt.

Aufgrund ausführlicher Analysen des „Volksfreund“ und anderer deutscher Zeitungen der USA kommt er zu dem Ergebnis „that the German-american press during the years 1933-41 was overwhelmingly pro-Nazi in its attitudes“ (Falk 1985, 22). In der vorliegenden Arbeit werden die Befunde dieser Untersuchung aufgegriffen und in einen erweiterten Zusammenhang gestellt, um dem Bild, das der „Volksfreund“ vermittelt, Möglichkeiten des Vergleichs und der Differenzierung beizugeben: Zum einen wird die englischsprachige Mehrheitspresse Buffalos herangezogen, insbesondere die „Buffalo Evening News“ (im weiteren „News“, zit. „N“), und zum andern die zweite deutschsprachige Zeitung „Aurora“, die Falk nicht berücksichtigte. Weil es sich bei dieser zweiten Zeitung um ein katholisches Blatt handelt, seien hier noch ein paar Bemerkungen über die Entwicklung des amerikanischen Katholizismus um 1930 eingefügt.

3. Der amerikanische Katholizismus

Die Entwicklung des „entfesselten Katholizismus“ („Catholicism unbound“ ist das Kapitel über die zwanziger Jahre überschrieben bei Hennesey 1981, 234) berührte sich teilweise mit der der Deutschamerikaner, soweit sie dieser Kirche angehörten; bekanntestes Beispiel für gemeinsame Interessen von Deutschen und Katholiken ist der Widerstand gegen die aus protestantischem Geist und antideutschem Ressentiment inspirierte Prohibition. 1930 waren über 20 Millionen Amerikaner katholisch. Die erwähnte gesetzliche Einwanderungsbeschränkung von 1924 zielte mit ihrem Quotensystem vor allem auf die Einwanderer aus Süd- und Osteuropa, von wo 1914 drei Viertel der Einwanderer gekommen waren. Dies wurde auch wahrgenommen als Politik der Zurückdämmung katholischer Einwanderer, waren doch Katholiken in der von White Anglo-Saxon Protestants bestimmten amerikanischen Elite wenig angesehen. Gleichzeitig ermöglichte es der Rückgang katholischer Einwanderung, daß sich der Katholizismus - anstatt sich den Neuankömmlingen zu widmen - in bisher unbekannter Weise seinem inneren Ausbau zuwenden konnte, insbesondere auf allen Ebenen des Erziehungssystems, und dadurch seine Stellung in der amerikanischen Gesellschaft festigte (Hennesey 1981, 234-243). Was die ethnische Zugehörigkeit betrifft, so waren seit langem die irischen Katholiken überproportional im Klerus vertreten;

in Buffalo gab es keinen deutschstämmigen Bischof: In unserem Berichtszeitraum waren die Buffaloer Bischöfe William Turner (1919-36) und John A. Duffy (1937-44).

Wie im ganzen Land, öffneten sich auch in Buffalo in den zwanziger Jahren allmählich die deutschen Pfarrgemeinden für nichtdeutsche Katholiken, wie auch umgekehrt (Yox 1983, 339-340). Das Canisius College, ein Herzstück deutsch-katholischen Lebens, war schon vor dem Ersten Weltkrieg von der Verantwortung der deutschen Jesuitenprovinz in die der amerikanischen übergegangen (Brady 1969, 122-134).

4. Vorgehensweise der Untersuchung

Uns interessiert hier das Bild bzw. die Bilder, die die beiden deutschen Zeitungen von den Vorgängen in Nazideutschland vermittelten, und die Unterschiede zwischen ihnen. Es wird sich zeigen, daß beide Blätter in ihrem Verhältnis zur NS-Regierung durchaus Unterschiede aufweisen: Der „Volksfreund“ solidarisierte sich in den ersten Jahren nach 1933 fast vollkommen mit der deutschen Regierung und ihrer Propaganda, während die „Aurora“ einerseits heftige Kritik an ihr übte, weil sie Katholiken und andere Andersdenkende unterdrückte, andererseits spielte sie aber die Verfolgung der Juden im Laufe der Zeit herunter und rechtfertigte sie teilweise sogar. Um die Entwicklung der Positionen in beiden Zeitungen wenigstens grob skizzieren zu können, habe ich zwei kurze Phasen herausgegriffen: erstens die Wochen nach der „Machtergreifung“ 1933, zweitens die Wochen nach der „Kristallnacht“ 1938, die übrigens in der amerikanischen und Presse von Anfang an mit dem Wort Pogrom bezeichnet wurde. Es kann sich bei diesem ausschnitthaften Vergleich nur um einen weiteren Schritt handeln, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Teilen der „German community“ darzustellen und zu analysieren. Unvermeidliche Unschärfen sind dabei leicht zu erkennen: Die Reichweite der beiden Blätter und ihre Aussagekraft über „die Deutschamerikaner“ kann hier nicht untersucht werden, diese offene Frage muß aber bewußt sein; auch Falk warnt vor vorschnellen Verallgemeinerungen (Falk 1985, 23). Schon die genaue Auflagenhöhe ist, wie wir gesehen haben, nicht leicht zu bestimmen, geschweige denn ihre Leserschaft, die sicherlich größer war als die Zahl der verkauften Exemplare und sich

auch, darf man vermuten, auf Menschen in den Nachbargemeinden Buffalos erstreckte. Ferner kann man nur darüber spekulieren, in welchem Umfang Deutschamerikaner auch die englischsprachige Presse lasen. Ich werde hier die Nachrichtenbilder der drei Zeitungen nacheinander vorstellen und durch Zitate und Auszüge zu skizzieren versuchen, wobei Wiederholungen sich ebensowenig vermeiden lassen wie bewertende Kommentare.

II. Presseberichte über Judenverfolgungen nach der „Machtergreifung“, Januar– März 1933

I. „Buffalo Evening News“

Das mainstream-Amerika und seine veröffentlichte Meinung unterschätzte Hitler zunächst, jedenfalls bis zur „Machtergreifung“ und den dann, vor allem nach den Reichstagswahlen, folgenden Unterdrückungsmaßnahmen. Das gilt sogar für die Juden in Amerika, „like many other civilized beings“ (Adler/ Connolly 1960, 367; vgl. Abzug 1999, 36-41; Pickl 1965, 14-19). In der Buffaloer Presse bezogen sich die ersten Berichte nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vor allem auf die Maßnahmen zur Unterdrückung der oppositionellen linken Parteien und Presse. Auch über eine öffentliche Morddrohung gegen den sozialdemokratischen Innenminister von Preußen, Carl Severing, die der Fraktionsführer der NSDAP im Preußischen Landtag ausstieß, unterstützt von Rufen seiner Anhänger „Aufhängen!“ von der Besuchergalerie, wird recht ausführlich berichtet. (N 4. Feb. 1933) Insgesamt allerdings werden die Unruhen der ersten Tage samt ihren Todesopfern weniger stark als im „Volksfreund“ behandelt.

Die Berichterstattung wird deutlich intensiviert mit den Wahlen zum Reichstag am Sonntag, 5. März 1933. Ein erster Kommentar spricht die Erwartung aus, der Reichstag werde sich nach einer kurzen Sitzung für zwei Jahre vertagen. Anti-jüdische Maßnahmen werden gemeldet: Die Regierung Thüringens löste den Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens auf, als „Friedensmaßnahme“ (N 6. März 33). Übergriffe gegen Juden werden jetzt häufiger erwähnt, wenn es sich um amerikanische Bürger handelt. So erscheinen in diesen Tagen neben Berichten über bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nazis auch zunehmend Klagen von Amerikanern über Übergriffe durch SA-Leute: Die ersten Meldungen beziehen sich u.a. auf einen jüdischer Einwohner von Buffalos Nachbarstadt Rochester: Er berichtete der amerikanischen Botschaft, sie hätten ihn geschlagen und gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, mit der er die Nazis von Schuld freisprach, und ihn dann aufgefordert, das Land zu verlassen. (N 8. März 1933)

In einem weiteren Fall wurde mitten in der Nacht ein amerikanischer Hausbesitzer, der einem Mieter wegen Mietrückständen gekündigt hatte, von vier Männern - zwei davon in SA-Uniform - aus dem Bett geholt und mit vorgehaltenem

Revolver gezwungen, eine Erklärung mit der Rücknahme der Kündigung zu unterschreiben. Zwei andere amerikanische Juden wurden auf der Straße angegriffen und niedergeschlagen. Der amerikanische Generalkonsul suchte daraufhin den Berliner Polizeipräsidenten auf und protestierte schärfstens gegen die Angriffe von SA-Männern auf insgesamt sechs amerikanische Staatsbürger in Berlin während der vergangenen Woche. (N 9. März 1933)

Es mußte den amerikanischen Lesern auch klar werden, gegen wen sich diese Übergriffe richteten: nämlich gegen Amerikaner jüdischen Glaubens, im Rahmen einer schnell sich abzeichnenden Verfolgung der Juden überhaupt. Über die Verfolgung der Kommunisten wurde ebenfalls weiter berichtet, etwa über die Ankündigung des Innenministers Wilhelm Frick, sie würden beim Zusammentreten des Reichstags am 21. März durch dringende Geschäfte verhindert sein, ihnen würde nämlich die Gelegenheit gegeben, sich in Lagern nützlich zu machen. Aber zugleich nehmen die Berichte über Judenverfolgungen zu. Einerseits wird auch Hermann Göring wiedergegeben, der dem Zentralverband jüdischer Staatsbürger versicherte, die Sicherheit und das Leben jüdischer Bürger seien rechtlich garantiert. Aber dem selben Bericht ist auch zu entnehmen, daß auf dem Berliner Kurfürstendamm, unter den Blicken zahlreicher Schaulustiger, SA-Männer sich vor mehreren prominenten jüdischen Geschäften postierten und die Käufer zum Boykott aufriefen. In der Stadt Annaberg wurden alle jüdischen Kaufleute verhaftet. Ein Londoner Korrespondent wird zitiert mit der Beobachtung, in Deutschland sei eine Kampagne des „Jew-Beating“ im Gange: Banden junger Nazis seien außer Kontrolle geraten und hätten offenbar freie Hand bekommen, „to beat Jews unofficially as much as they like“. Aus dem „Manchester Guardian“ wird ein Bericht zitiert, der beschreibt, wie hilflos und furchtsam die Polizei reagiere, wenn junge Nazi-Hooligans sich über ihre Opfer hermachten. Nur wenn ein Opfer von einem bevorstehenden Überfall vorher erfahre und die Polizei vor den Schlägern eintreffe, bestehe eine Chance, den Überfall zu verhindern. Wenn der Angriff einmal begonnen habe, stehe sie bestenfalls abwartend daneben. Der Bericht weist darauf hin, daß die meisten jüdischen Opfer unbedeutend Personen

seien, denen kaum öffentliche Aufmerksamkeit zuteil würde. Insofern seien die - bis zu diesem Tag: sieben - amerikanischen Opfer ein Indiz für die weitaus größere Zahl von deutschen Opfern. (N 10. März 1933)

Wie der „News“ zu entnehmen war, bestätigte Göring die Tatsache solcher Übergriffe, indem er die Verantwortung für Terror und Unterdrückung während der letzten Wochen übernahm, mit der Begründung, dadurch werde der Marxismus ausgelöscht, und mit dem Zusatz, mit den politischen Gefangenen (nach der Verhaftungswelle im Gefolge des Reichstagsbrandes) müsse etwas geschehen, auch wenn es brutal erscheine. Aber die berichteten Angriffe zielten nicht nur gegen Kommunisten, sondern auch schon gegen prominente Deutsche jüdischen Glaubens: Bruno Walter darf nicht mehr dirigieren, das Haus des Schriftstellers Lion Feuchtwangers wird in dessen Abwesenheit von Nazis ausgeraubt, Hermann Zondek, eine Weltautorität für Innere Medizin, wird von seiner Professur vertrieben, weil er Jude ist. Die Hugenbergpresse begrüßte Einsteins Entscheidung, von seiner Amerika-reise nicht nach Deutschland zurückzukehren. Ökonomische Unterdrückung von der NS-gesteuerten staatlichen Seite setzte die kulturelle Unterdrückung fort: In Breslau dürfen nur noch 17 jüdische Rechtsanwälte praktizieren, weil diese Zahl dem Anteil der Juden an der Bevölkerung entspreche; die Vereinigung von NS-Anwälten verlangt den Ausschluß aller Juden (außer den Weltkriegsveteranen). Als Folge dieser Verfolgungen nahm die Auswanderung aus Deutschland zu, Tausende sind bereits in die Nachbarländer geflohen, melden die „News“ knapp zwei Wochen nach den Reichstagswahlen. (N 18. März 1933)

Ein aufrüttelnder Artikel von Lion Feuchtwanger gibt Berichte von Flüchtlingen aus Deutschland wieder, die er in Paris traf und die schreckliche Dinge erzählten: wie Menschen - auch Frauen und junge Leute -, nur weil man sie für Juden hielt, verprügelt wurden, wie Männer und Söhne aus ihren Betten geholt, unmenschlich mißhandelt und an unbekannte Orte verschleppt wurden, wie man versucht habe, sie aus fahrenden U-Bahn-Zügen zu stoßen; täglich würden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen entdeckt. Alle Juden

müßten befürchten, auf der Straße überfallen oder verhaftet oder ihres Eigentums beraubt zu werden, während der verantwortliche Minister Hermann Göring nur schulterzuckend sagte: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Feuchtwanger betont, daß seine Informationen von in jeder Hinsicht vertrauenswürdigen Menschen stammten, diese seien „in no way radical“, sondern Demokraten und Mitglieder der katholischen Zentrumspartei, Pazifisten, die ihr Leben lang für Versöhnung gearbeitet hätten und jede Form der Übertreibung haßten. Er vermutet schließlich, Hitler und Göring hätten die Kontrolle über 600.000 junge Leute verloren, die mit zu viel Macht und Waffen ausgestattet worden seien. In gewisser Weise exculpiert er die beiden, indem er meint, Hitler habe „wahrscheinlich“ mit diesen Dingen persönlich nichts zu tun, und Göring könne kaum der Komplizenschaft verdächtigt werden. Unglücklicherweise, so erklärt er sich die schlimmen Vorgänge, hätten diese Leute Hitlers frühere wilde Reden zu wörtlich genommen, und das Ergebnis seien Pogrome wie es sie seit dem 14. Jahrhundert in Deutschland nicht mehr gegeben habe. Feuchtwanger schließt mit einem verzweifelten, vielleicht auch zweifelnden, auf jeden Fall prophetischen Appell an die NS-Regierung: „I greatly pray that the government may succeed in calling a halt before the ill treatment, the torture, the slaughter of the thousands of Socialists, Catholics and Jews lead to a civil war such as the world has never seen.“ (N 20. März 1933)

Daß solche Appelle ins Leere gingen, zeigte sich einen Tag nach Veröffentlichung dieses Artikels: Die Reichsregierung kündigte eine Amnestie für alle Verbrechen an, die während des „Kampfes für die nationale Erhebung“ begangen worden waren. Dies bedeutete, so die amerikanische Presse, daß das Versprechen voller Wiedergutmachung, das den amerikanischen Diplomaten in den (mittlerweile zehn) Fällen von mißhandelten Amerikanern gegeben worden war, nicht erfüllt werden würde. Im gleichen Zusammenhang wurde über eine Notverordnung berichtet, die es verbot, unwahre oder grob entstellende Behauptungen zu verbreiten, die das Ansehen Deutschlands oder der deutschen politischen Führer oder Parteien oder der diese unterstützenden Vereinigungen schädigen könnten. Die „News“ fügten dieser Meldung erläuternd

hinzu, dadurch würde den meisten Deutschen das Ausmaß der Barbarei des jüngsten Terrors nicht bekannt, zumal alle unabhängigen Zeitungen unterdrückt würden: Diese Deutschen würden die Tatsachen einfach nicht erfahren. Parallel dazu laufe eine Kampagne zur Diskreditierung ausländischer Zeitungskorrespondenten. Dabei habe der Verfasser dieses Berichtes noch nicht ein Zehntel seiner korrekt überprüften Informationen über die gegen zahlreiche Menschen, vor allem Juden, begangenen Schreckenstaten verwendet, und er fügt ein paar drastische Beispiele an. Mehrere konservative deutsche Persönlichkeiten, die die Wahrheit kennen, hätten die Situation aufs heftigste verurteilt. Aber im Reichstag herrsche eine eingeschüchterte Atmosphäre. (N 22. März 1933)

„German Refugees Bring Terror Tales“ überschrieben die „News“ einen Bericht aus Paris: Nicht nur Menschen jüdischer Herkunft, sondern auch Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten, katholische Politiker und überhaupt jeder, der den Nazis entgegetrete, werden in Deutschland einem Terrorregime unterworfen - dies berichten Flüchtlinge, und der Korrespondent fährt fort, sofort nach dem 30. Januar hätten Hunderte, dann Tausende, die wußten, daß ihre Namen auf Hitlers schwarzen Listen standen, das Land verlassen, und viele jüdische Geschäftsleute hätten mit dem Ausverkauf begonnen, um ihre Geschäfte zu schließen. Auch dieser Bericht enthält Einzelheiten besonders schlimmer Mißhandlungen. (N 23. März 1933)

Aufgeschreckt von solchen Meldungen begann sich in diesen Tagen der Protest gegen das NS-Terrorregime zu regen. Der katholische frühere Gouverneur von New York Alfred E. Smith, Bischof William T. Manning von der Protestantisch-Episkopalen Kirche und andere prominente katholische und protestantische Laien und Geistliche veröffentlichten in New York einen spontanen Protest im Namen der amerikanischen Christen gegen die Verfolgung der Juden in Hitlerdeutschland. Im ganzen Land sollten Veranstaltungen am 27. März 1933 diesen Protest unterstützen. (N 21. März 1933) Höhepunkt dieser Proteste war die Kundgebung in New York: Im restlos gefüllten Madison Square Garden nahmen 22.000 Menschen daran teil, schätzungsweise 30.000 mußten abgewiesen werden. Neben dem Ex-Gouverneur Smith sprachen zwei

Vertreter der Juden, zwei protestantische Bischöfe und der Präsident der Gewerkschaft AFL. Der angekündigte katholische Bischof zog kurzfristig zurück, wie er sagte, aus Rücksicht auf den amerikanischen Außenminister, der kurz zuvor erklärt hatte, die Situation in Deutschland bessere sich. (N 28. März 1933)

Ungefähr zur gleichen Zeit begannen auch Vorbereitungen für eine ähnliche Veranstaltung in Buffalo (N 23. März 1933). Der Vorbereitungsgruppe, die sich eine Woche vor der geplanten Massenprotestversammlung traf, gehörten Vertreter von mehr als 50 lokalen Organisationen und prominente Nicht-Juden (Geschäftsleute, Inhaber öffentlicher Ämter) aus Buffalo an (N 28. März 1933). Unter der über die ganze Seite reichenden Schlagzeile: "All Buffalo Creeds Unite In Denouncing Nazi Persecution Of Jews" berichteten die „News“ dann über dieses Ereignis am 3. April 1933: Vor 4.000 Menschen äußerte „a united Buffalo through the mouths of outstanding orators, Catholic, Protestant, Jewish“ zwei Stunden lang seinen Protest gegen die Judenverfolgung der Nazis. Es traten auf: Rev. Percival Barker, Pfarrer der Lafayette Avenue Presbyterian Church, Rev. Cameron J. Davis, Episkopalischer Bischof von Buffalo, John Lord O'Brien, ehemaliger Mitarbeiter des US-Generalstaatsanwalts, Rev. Alfred Butzer, ein protestantischer Geistlicher, Rabbi Joseph L. Fink vom Tempel Beth Zion, Eugene Warner von den Wohlfahrtsverbänden in Buffalo als Versammlungsleiter, sowie James O. Moore, ein prominenter katholischer Anwalt, der die Protestnote verlas, die als Resolution an den Präsidenten Roosevelt, US-Senatoren und Abgeordnete des Buffaloer Wahlkreises geschickt wurde; Moore ist der einzige katholische Vertreter, der erwähnt wird, also keine Vertreter der offiziellen katholischen Kirche. Die Redner betonten, die Versammlung richte sich keineswegs gegen das deutsche Volk. Bischof Davis erklärte entgegen der Einschätzung des Außenministers, er halte die alarmierenden Presseberichte aus Deutschland für zutreffend. O'Brien verwies auf offizielle Instruktionen der NS-Regierung wie etwa die, jüdische Geschäfte zu boykottieren und jüdische Richter zu entlassen, als unumstößliche Beweise für religiöse Verfolgung. Butzer bedauerte die Tatsache, daß ein Großteil der Verantwortung für die Verfolgung bei Menschen

liege, die sich Christen nennen. Rabbi Fink betonte ebenfalls, "We have no hatred against Germany or even against the Hitler party", und beschwor die Loyalität der jüdischen Bürger Deutschlands zu ihrem Land, zu dessen Kultur auch Genies wie Mendelssohn und Heine beigetragen hätten. (Buffalo Courier-Express 4. April 1933; N 4. April 1933; Adler/Connolly 1960, 367)

2. „Buffalo Volksfreund“

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30.1.1933 brachte der „Volksfreund“ fast täglich Berichte über gewalttätige Konflikte zwischen Nazis und Kommunisten: In den letzten sieben Tagen, also teilweise vor der Ernennung, seien 20 Personen ermordet worden (V 2. Feb. 1933), wenige Tage später wurden wieder sechs Tote bei Krawallen gemeldet, darunter der von Nazi-Studenten erschossene sozialistische Bürgermeister von Straßfurt (V 6. Feb. 1933). Aus welchem Blickwinkel diese Meldungen aus der „alten Heimat“ wahrgenommen wurden, gibt ein Kommentar zu erkennen, der die Abschaffung des demokratischen Parlaments fordert, um die gegenwärtigen Wirren zu beenden: Bezugnehmend auf die Auflösung des preußischen Landtags bedauert der Kommentator, „daß [Hitler] nicht ganz mit der sogenannten Volks-Regierung, oder Parlamentarismus genannt, wenigstens für die verworrene Zeit der Gegenwart aufgeräumt hat mit Reichstag sowohl wie mit dem Landtag“, denn „Deutschland, wie viele andere Länder, die Ver. Staaten von Amerika nicht ausgeschlossen, wären besser ohne Parlamente daran.“ Als Begründung heißt es, das Allgemeinwohl wäre in den Händen der Präsidenten und ihrer Kabinette besser aufgehoben „als in jenen der von Parteihader zerrissenen und durch Unwissenheit aus dem Gleichgewichte gebrachten Volksvertretungen!“ Daß hier auch die USA genannt werden, läßt darauf schließen, daß diese Meinung einer grundsätzlichen Überzeugung entsprang und nicht nur auf einer Besorgnis wegen aktueller politischer Wirren in Deutschland beruhte, und dementsprechend heißt es auch weiter: „Nur wenige sind befähigt oder berufen zu regieren, die ändern müssen regiert werden.“ (V 7. Feb. 1933). Diese antidemokratische Haltung des „Volksfreund“, die in den nächsten Wochen die Linie des Blattes immer offener prägen sollte, zeigte sich also schon sehr bald nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland.

Auch über Judenverfolgungen wurde berichtet, etwa mit Berufung auf Prof. Georg Bernhard, früher Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ und ehemaliges Mitglied des Reichstags: Ihm zufolge könne „man sich im Auslande kaum einen Begriff von den Verfolgungen machen [...], denen die Juden ausgesetzt seien. Namentlich in den kleinen Städten und auf dem Lande werde eine rücksichtslose Hetze gegen die Juden betrieben, denen man alles Schlechte in die Schuhe schiebe. Die Folge sei, daß jüdische Kaufleute boykottiert werden, jüdische Tagelöhner und Angestellte fänden nur sehr schwer Beschäftigung, jüdische Aerzte und Rechtsanwälte werden verdrängt.“ (V 9. Feb. 1933) Im Vordergrund der Berichterstattung stehen jedoch die Kämpfe zwischen Nazis und Kommunisten und die Opfer an Toten und Verletzten, die sie fordern (V 13. Feb. 1933: 9 Tote, 40 Verletzte). Von den Unterdrückungsmaßnahmen finden vor allem die gegen die Linksparteien Aufmerksamkeit, und zwar mit zustimmenden Formulierungen wie in der Schlagzeile „Hitler-Partei räumt mit Sozialisten auf“ (V 14. Feb. 1933).

Zwei Tage danach kamen im „Volksfreund“ auch die katholischen Gegner des Regimes zu Wort. Nach einem Bericht über die Unterdrückung der Oppositionspresse durch das zeitweilige Verbot sozialdemokratischer und anderer NS-kritischer Blätter hieß es, unter der Überschrift „Katholiken gegen Diktatur“, die katholischen Verbände Deutschlands hätten die Idee einer ständigen Diktatur verurteilt und an den Machenschaften der Gefolgschaft Hitlers „schroffe Kritik geübt“: es sei „ein Verbrechen an der Jugend Deutschlands, daß man ihr den Geist des Hasses und der Rache einzuflößen trachtet.“ (V 16. Feb. 1933)

Im Vorfeld der Reichstagswahlen nahm die Berichterstattung über den Kampf der NS-Regierung gegen den Katholizismus, also vor allem die Zentrumsparterie, einen großen Raum ein, wie auch die über den Kampf gegen die sozialistischen Gewerkschaften (V 18. Feb. 1933), so z.B. anlässlich des Verbots der Zentrums-Presse in Preußen wegen der Veröffentlichung eines Wahlaufrufs, in dem die Regierung scharf angegriffen worden war (V 20. Feb. 1933). Gewalttätigkeiten von NS-Schlägertrupps gegen das Zentrum werden gemeldet,

wobei der Tonfall der Berichterstattung nicht ohne weiteres Sympathien mit den NS-Schlägern erkennen läßt, etwa wenn es über eine von ihnen gesprengte Wahlversammlung des Zentrums mit dem früheren Reichskanzler Wirth in Münster/Westfalen heißt: „Mit ihrem üblichen Geschrei ‚Deutschland, erwache!‘ drangen die Nazis in das Versammlungslokal ein und hieben mit Stühlen auf die Versammelten ein, bis viele verletzt umsanken.“ In Krefeld wurde der frühere Arbeitsminister Stegerwald bei einer Wahlveranstaltung des Zentrums niedergeschlagen (V 22. Feb. 1933), und schließlich wurden - nach kritischen Äußerungen von Zentrumspolitikern (V 23. Feb. 1933) - das Zentrum wie auch die Kommunisten in den Worten des „Volksfreund“ „suspendiert“ (V 27. Feb. 1933).

Während also der „Volksfreund“ selber ausführlich über die Unterdrückungsmaßnahmen gegen politische Parteien in Deutschland und über das terroristische Vorgehen der Nazi-Schlägertrupps berichtete, veröffentlichte er zur selben Zeit eine Attacke gegen die Berichterstattung und Kommentierung dieser Ereignisse im westlichen Ausland. Unter der Überschrift „Deutschland und Deutsche unter Allen!“ prangerte er die „unflätige Parteinahme [...] an inneren deutschen Angelegenheiten“, die „Hinterlist und Boshaftigkeit der englischen und alliierten Propaganda“ an: „Die Hetze und Verunglimpfung gilt nicht Hitler, sie gilt der Enigheit des deutschen Volkes, die durch alle Mittel verhindert werden soll.“ Denn was sie im Weltkrieg schon gepredigt hätten - „totale Ausrottung, Vertilgung“ des deutschen Volkes - das betrieben sie auch jetzt: den „nationalen Geist der Einheit“ zu zerstören, „damit das deutsche Volk sich vollends selbst zerstöre!“ (V 27. Feb. 1933). Diese Linie der NS-Propaganda, die Meldungen über Verfolgungen aller NS-Kritiker als Hetze eines feindlichen Auslands darzustellen, setzte sich nun beim „Volksfreund“ vollends durch. Die vertretenen Meinungen schwankten dabei höchstens zwischen zwei Varianten: Entweder wurden die Unterdrückungsmaßnahmen pauschal geleugnet und als Erfindungen feindlicher Propaganda zurückgewiesen, oder sie wurden verteidigt als angeblich notwendige Notwehrmaßnahmen für die Aufrechterhaltung der Einheit des deutschen Volkes. Immer seltener waren nüchterne, geschweige denn kritische Töne zu hören.

Nach dem Reichstagsbrand und den Berichten über Verhaftungen in seinem Gefolge meinte der „Volksfreund“, die Stimmung in Deutschland schlage nun um für Hitler (V 2. März 1933), während er gleichzeitig über die Rücksichtslosigkeit des Ausbaus der Macht berichtete, insbesondere durch die Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem Reichstagsbrand. Als Teil des „Kesseltreiben[s]“ nannte er die Verhaftung von 500 Kommunisten im Reich, eine Razzia auf die Büros des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, und als Opfer auch Pazifisten und die Zentrumspresse. Im Hinblick auf die Reichstagswahlen hieß es, die NS-Führung sei nicht gewillt, „die Gewalt aufzugeben, ganz gleichgültig, wie auch die Reichstags- und Landtagswahl am kommenden Sonntag ausfallen mag.“ In Preußen sei „der gewaltige Polizeiapparat [...] in volle Funktion getreten“, verstärkt durch Spezialeinheiten wie SA und Stahlhelm. (V 3. März 1933)

Über die Mißhandlung amerikanischer Juden nach den Wahlen berichtete auch der „Volksfreund“. In der gleichen Ausgabe brachte er – unter Berufung auf einen Artikel des „Völkischen Beobachter“ – die Einschätzung, Hitler werde „jetzt, da er in verantwortungsvollem Amt sitzt, eine gemäßigte Richtung verfolgen“ (V 8. März 1933). Der Wahlerfolg der NSDAP („Durchgreifender Systemwechsel in ganz Deutschland“, V 14. März 1933) wurde zunächst interpretiert als Sieg über den Marxismus (V 16. März 1933), und die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition wurden als „Notwehr“ gegen „bolschewistische Verschwörungen und Umsturzbewegungen“ nachträglich gerechtfertigt: „Da der Bolschewismus dem deutschen Volk den Krieg erklärte, so blieb nichts anderes übrig, als alle Machtmittel einzusetzen, um den Feind zu erdrücken.“ (V 17. März 1933) Damit ist das ideologische Muster erkennbar, nach dem der „Volksfreund“, der offiziellen NS-Propaganda folgend, nunmehr die deutsche Politik kommentiert. Deutschland sei von einem „eisernen Ring“ feindlicher Mächte umgeben, wie es mehrfach in Kommentaren dieser Zeit heißt, (z.B. V 21. März 1933), und der „Volksfreund“ bejubelt mit „Heil Deutschland!“ die Reden Hindenburgs und Hitlers bei der Reichstagseröffnung (V 22. März 1933). Auf der selben Seite findet sich ein Beispiel für die

gleichzeitige Verleugnung und Rechtfertigung von Verfolgungsmaßnahmen. Obwohl der „Volksfreund“ noch am 18. März 1933 über Maßnahmen gegen jüdische Ärzte und Anwälte berichtet hatte, schrieb er nun zu den Vorbereitungen für die Protestveranstaltungen durch „Rabi [sic] Wise von New York und im Trüben fischende Politiker in Albany“ im „Stürmer“-Jargon: „Deutschland ist das erste Kulturvolk der Welt und nur Hysterie glaubt diese heimtückische verlogene Hetzpropaganda. In Deutschland herrscht keine Judenverfolgung. Indessen besteht kein Zweifel darüber, daß vorlaute und aufrührerische Juden wie Christen desselben Kalibers hier und dort eins auf die Mütze erhalten und mit Recht.“ (V 22. März 1933).

So bezeichnete der „Volksfreund“ auch die Meldungen über Schreckensberichte deutscher Emigranten als „Hetz-Propaganda gegen Deutschland in vollem Schwung“, welche „Tatsächliche Vorgänge in absichtlich lügenhafter Weise entstellt.“ (V 23. März 1933) Die Berichte der Emigranten (s.o. N 23. März 1933) kommentiert der „Volksfreund“: „Die infame Deutschenhetze setzt beim geringsten Anlasse mit voller Kraft an. Die Deutschen und Deutschland sind ‚all right‘ so lange sie elend und arm sind, willige Sklaven und sich selbst durch Zank und Streit ruinierend. Sobald die Alliierten und Trabanten jedoch etwas vom alten Geiste, Streben und Zusammengehörigkeit bemerken, flammt der Neid und Haß von neuem auf.“ (V 23. März 1933). Tags darauf meinte der Kommentator, „Sollten Ausländer in der letzten Zeit in Deutschland belästigt worden sein, so ist die Sache furchtbar übertrieben und aus der Maus ein Elefant gemacht worden. Eine politische Umwälzung, wie sie während der letzten Tage in Deutschland stattfand, würde in keinem Lande der Welt mit so großer Ruhe und Sicherheit für Leben und Eigentum vor sich gegangen sein.“ Anderslautende Darstellungen seien „gehässige Propaganda“, „ärgste und böseartigste Verleumdungen“, „verlogene Propaganda“, sie gehöre „zu dem Schmutzigsten, das seit dem Weltkriege geschrieben worden“ und sei „auf französische Quellen zurückzuführen“ (V 24. März 1933).

Als das US-Außenministerium abzuwiegeln versuchte, indem es sich auf eine Note der Reichsregierung bezog, derzufolge es sich bei Übergriffen gegen amerikanische Juden um

Einzelfälle gehandelt habe, wurde dies bereitwillig aufgegriffen und als Stellungnahme gegen die „Propaganda“ interpretiert: jetzt sei die Lage unter Kontrolle, die Anhänger Hitlers seien zu Ruhe und Ordnung ermahnt worden. Die dann abgedruckten Meldungen, die weitere Verfolgungen ankündigten und damit im Widerspruch zu der zitierten Verharmlosung standen, versah der „Volksfreund“ mit der redaktionellen Vorbemerkung: „Die folgenden Nachrichten erscheinen infolge der gegen Deutschland betriebenen Propaganda mehr oder minder gefärbt zu sein, und sind deshalb mit Vorsicht aufzunehmen.“ Es ging dabei vor allem um ein Interview, das ein NS-Sprecher der United Press gab, demzufolge die Reichsregierung beabsichtigte, den Status der Juden zu regeln sowie die „Entfernung der Juden aus einflußreichen Stellungen“ fortzusetzen, „bis das Haus gesäubert ist“, aber nicht mittels eines Pogroms“. (V 27. März 1933)

Die offiziellen Sprecher der deutschen Juden wurden, ebenso wie das amerikanische Außenministerium, dann gerne zitiert, wenn es in die Linie des „Volksfreund“ und der NS-Propaganda paßte, so insbesondere als der Zentralverband deutscher Bürger jüdischen Glaubens eine Erklärung abgab, mit der er sich „gegen die Ungeheuerlichkeiten, die gewisse ausländische Zeitungen über die Behandlung der Juden im Reich verbreiten“, wendete und sie als „reine Erfindungen“ bezeichnete - eine Äußerung, die, wie der Jüdische Kongreß der USA dazu aus „zuverlässiger Quelle“ erklärte, auf „Zwang und unwiderstehliche Schreckensherrschaft“ zurückzuführen sei, wofür der „Volksfreund“ nur Hohn übrig hatte (V 25., 27. März 1933).

Über die Protestversammlung im New Yorker Madison Square Garden wurde ebenso berichtet wie über das gleichzeitige Vorbereitungstreffen für eine Protestveranstaltung in Buffalo. Unter den prominenten nichtjüdischen Teilnehmern zählte der „Volksfreund“ auf: „Edward H. Butler; Dr. Francis E. Fronczak, Gesundheitskommissär; Samuel B. Botsford, geschäftsführender Vizepräsident der hiesigen Handelskammer; Walter F. Schmiedung, Wahlkommissär; Chefrichter George G. Waltz des Stadtgerichts, Paul L. Benjamin, geschäftsführender Sekretär des Buffalo Council of Social Agencies; Mr. Woodbury,

Leiter der Abteilung für Jugendliche der Kinderschutzgesellschaft; Frank S. Anderson und James L. Quackenbusch jun., Rechtsanwälte, und Ted A. Clarke, Präsident der Ted A. Clarke, Inc., Versicherungsfirma.“ (V 28. März 1933)

Es entging dem „Volksfreund“ auch nicht, daß zu dieser Zeit die Haltung der katholischen Kirche mindestens distanziert bis warnend war. Dies zeigte der Hirtenbrief des Kardinals Faulhaber von München, der freilich mehr allgemein im Hinblick auf die Trennung von Staat und Kirche über „die Rechte und Pflichten des Staates gegenüber dem Staatsbürger, über die Pflichten und Rechte des Staatsbürgers gegenüber dem Staat“ dem Regime ins Gewissen zu reden versuchte. (V 29. März 1933) Auf die NS-konforme Linie des „Volksfreund“ hatte dies aber keinen korrigierenden Einfluß, vielmehr richtete er nun sogar eine neue Rubrik mit kleinen Meldungen unter der Überschrift „Nazi-Funken“ ein (V 30. März 1933).

Der „Volksfreund“ berichtete auch ausführlich über die Protestversammlung in Buffalo am 3. April 1933. In der gleichen Nummer beherrschen Nachrichten über immer weitere Judenverfolgungen und über die Unterdrückung oppositioneller Zentrums Politiker die erste Seite, im Lokalteil ist dann ein ausführlicher Bericht über die Buffaloer Veranstaltung abgedruckt. Obwohl darin behauptet wird, der Protest sei (nur) von jüdischen Organisationen initiiert worden, ist er doch sehr ausführlich und enthält sich jeder Kommentierung. Er wird hier im Wortlaut wiedergegeben (ohne Zwischenüberschriften; V 4. April 1933):

„Protestversammlung gegen Nazi-Antisemitismus.
Katholische, protestantische und jüdische Redner
sprechen vor etwa 4000 Menschen in der Elmwood
Musikhalle. Nicht gegen das deutsche Volk gerichtet.

Katholiken, Protestanten und Juden standen gestern abend in einer von etwa 4000 Menschen besuchten Massenversammlung vereint, um gegen die antisemitischen Ausschreitungen der Nazipartei in Deutschland ihren Protest zu erheben. Die Versammlung, die in der Halle jedes Plätzchen besetzt fand, war von etwa 50 jüdischen Vereinen der Stadt

einberufen worden. Immer und immer wieder wiederholten zwei Stunden lang die Redner, daß die Protestkundgebung nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die derzeitigen Nazi-Machthaber gerichtet sei.

Rev. Percival Baker, der Pastor der Presbyterianerkirche in der Lafayette Ave., eröffnete die Versammlung mit einem Gebet, nachdem der Vorsitzende, Rechtsanwalt Eugene Warner, Führer der hiesigen vereinten jüdischen Wohlfahrtsbestrebungen, die Gründe des Protestmeetings in einer längeren Ansprache erörtert hatte.

Als erster stand auf der Rednerliste der hiesige Episkopalbischof Cameron J Davis, der Juden und Nichtjuden in gleicher Weise aufforderte, „ihrer moralischen Entrüstung über die Leiden der Juden in Deutschland unter dem Nazi-Regime“ durch Protest Ausdruck zu geben, „denn das Leiden des einen betrifft uns alle“. Der Bischof richtete seine Worte an die Versammlung, „im Namen des Gottes der Gerechtigkeit und der Liebe, den wir alle verehren und zu dessen großer Familie wir alle gehören“.

Keine feindseligen Gefühle gegen das deutsche Volk hätten zur Einberufung dieser Versammlung geführt, davor behüte Gott; auch würden keine Flammen des Hasses geschürt, die seinerzeit zum Weltkrieg führten. Doch müsse Protest dagegen erhoben werden, daß inhumanes Vorgehen und Intoleranz in Deutschland offiziell sanktioniert werden. Die deutsche Regierung habe die Verantwortung für Ausschreitungen und Hetzen erst in Abrede gestellt, nachdem die Stimme Amerikas 3000 Meilen übers Wasser gehört worden war.

Die Welt bedürfe, besonders in der jetzigen Lage, des guten Willens aller Menschen und Nationen und es stünde um das moralische Gewissen des amerikanischen Volkes recht schlecht, wenn wir über inhumane Behandlungen unserer moralischen Entrüstung nicht Ausdruck geben würden.

John Lord O'Brian, Hilfs-Bundesgeneralanwalt während der Hoover-Administration, übernahm die Rolle des öffentlichen Anklägers gegenüber dem Nazi-Regime, welches sich über alle von einer Regierung erwarteten Schutzmaßnahmen hinwegsetze.

Rev. Alfred Butzer, ein protestantischer Geistlicher, sah sich im Geiste in die Lage eines deutschen Juden versetzt und rief im Laufe seiner Rede aus: „Ich glaube, ich habe das

Recht, zu erwarten, daß mich meine christlichen Brüder im Geiste des Christentums behandeln“. Er wies darauf hin, daß es unter Juden und Christen „schlechte Menschen“ gebe, daß man für die Freveltaten einzelner Individuen nicht ein ganzes Volk oder eine Religionsgemeinschaft verantwortlich machen dürfe und er legte weiter Gewicht auf den Gedanken, daß der Glaube an einen Gott „ein hehres und heiliges Vermächtnis der jüdischen Rasse“ sei. Menschen, die sich gegen bestehende Gesetze vergehen, sollten nach ihren Freveltaten, aber nicht nach ihrer Religionszugehörigkeit verurteilt werden.

Der heutige Protest sei notwendig, um nicht die Sünde des Schweigens auf uns zu laden, wenn in der Welt großes Unrecht geschieht.

Im Namen der Juden der Stadt sprach Rabbi L. Fink vom Tempel Beth Zion, der seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß in diesem Zeitalter Protestmeetings notwendig seien und daß die dunklen Tage der Religionsverfolgungen noch immer nicht nur der Geschichte angehören wollen. Der Jude habe keinen Haß gegen Deutschland und trage keinen Rachege Gedanken gegen die Hitlerleute. Er habe in jahrhundertlangem Leiden gelernt, was es heißt, zu vergeben und so sage er auch diesmal: „Herr vergib ihnen, obwohl sie wohl wissen, was sie tun“.

Der hiesige Anwalt, James O. Moore, ein Katholik, unterbreitete „in Form einer Anklageschrift gegen die Hitler-Regierung“ die Resolution, die einstimmig angenommen und an den Präsidenten Roosevelt, die Bundessenatoren dieses Staates und die Repräsentanten dieses Distrikts gesandt wurde. In der Resolution heißt es, daß die Protestversammlung „unter der Konstitution der Vereinigten Staaten“ stattfand.

Die Versammlung war mit der Absingung der Hymne „America“ eingeleitet worden und schloß mit den Klängen des „Star Spangled Banner“.

Trotz des sachlichen Tons und der Vermeidung einer direkten Stellungnahme zu dem Ereignis finden sich aber mehrere Kommentare, die die nazifreundliche Haltung der Redaktion aussprechen und indirekt auch auf die protestierenden Buffaloer Mitbürger Bezug nehmen, etwa in folgender Glosse vom selben Tag, die in vollem Umfang lautete: „Unsere Spezial-Lügner spielen sich als die Berater, Vertrauensmänner,

Kritiker und Richter der Nationen und ihrer Staatsmänner - einerlei ob Freund oder Feind - auf, und die Massen glauben ihnen, schwarz auf weiß - Lügengeweben! Und es ist fraglich, ob einer die Wahrheit zu sagen im Stande wäre, weil ihr Beruf nach ihrer Auffassung darin besteht, den andern „[über]bieten“ auch im Lügen und Hetzen.“ (V 4. April 1933) Am folgenden Tag druckte der „Volksfreund“ die folgende Antwort auf die Frage, „ob wir Hitlerisch eingestellt sind“: „Nie haben wir an Hitlers Glauben an Deutschland noch an seiner Treue und Hingabe an dasselbe gezweifelt. Und jetzt, nachdem er an die Spitze der Reichsregierung berufen wurde, wünschen wir ihm natürlich Erfolg und Segen in seinem hohen Amte.“ Es folgt eine Aufzählung aller Taten Hitlers für das Vaterland und die Wiedergewinnung seiner Unabhängigkeit und seines Ansehens, die „ihm unfraglich ein warmes Plätzchen im Herzen des deutschen Volkes“ erobert hätten - trotz der „widerlegten, widerrufenen, diskretierten [sic] Verleumdungen und Hetzereien“ in der englischen Presse (V 5. April 1933).

Um diese Zeit druckte der „Volksfreund“ auch den Beitrag eines „Rutger“ über „Das Deutsche Drama“ ab, der im Sinn und Stil der NS-Propaganda den Niedergang Deutschlands militärisch, wirtschaftlich und kulturell behauptete: Im Kulturbereich „wurden die Deutschen aus allen einflußreichen Stellungen herausgedrängt und durch willige Diener ihrer Auftraggeber ersetzt“, „die deutsche Geschmacksrichtung“ wurde ersetzt „durch Futurismus und Kubismus“, „Goethe, Schiller usw.“ durch „Courths-Mahler-Romane, Werke von Hirschfeld, das dritte Geschlecht, Nacktkultur“, „Kino ersetzte das Theater“, der „Naturapostel“ den „Kirchenprediger“ und schließlich: „Das Wort National war verpönt und wurde durch International ersetzt. Das war das Ende.“ (V 7. April 1933).

3. „Aurora und Christliche Woche“

Die „Aurora“ konnte als Wochenzeitung auf Ereignisse oft nur mit Verzögerung reagieren. So folgte zur Machtergreifung ein grundsätzlicher Kommentar, der ihren Standpunkt auf der Seite des Zentrums und gegen die nationalkonservativen Junker markierte und der sich auch gegen den „Volksfreund“ richtete, „der es nun einmal nicht lassen kann, im Tone von Hugenberg zu schreiben, aus dessen Zeitungen er ja schöpft und dessen Ideen er ja unbesehen, ungeprüft nachplappert.“

Die „Aurora“ bezog sich auf die Vorwürfe Hitlers in einer Rede am 2. Februar 1933, Marxisten und Zentrum hätten vierzehn Jahre lang die Macht innegehabt und ein Trümmerfeld hinterlassen: „Mit Verlaub: Wer hat das Trümmerfeld hinterlassen? Waren es nicht die Junker, die jetzt mit Hitler und Hugenberg wieder zur Macht gelangt sind? Hatten Marxisten und Zentristen vor 1918 auch nur irgend einen Einfluß auf die Geschicke des Reiches? [...] Nein, nicht einen Trümmerhaufen haben die Zentristen, d.h. das katholische Deutschland, geschaffen, sondern sie haben, gestützt auf ihre katholischen Grundsätze, dafür gesorgt, daß das in seinen Fugen krachende Reich nicht zusammenstürzte und unter seinen Trümmern nicht auch die Junker begrub, die heute so laut der Welt die ‚Rettung‘ Deutschlands verheißen.“ (A 10. Feb. 1933)

Naturgemäß wurden in der „Aurora“ die Kritik des Zentrums an der Regierung und der folgende Wahlterror gegen die katholische Partei während des Wahlkampfs ausführlich herausgestellt (A 24. Feb. 1933), die Übergriffe in Westfalen, im Rheinland und in der Rheinpfalz, sowie die Mißhandlung des „berühmten Führer[s] der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald“ (A 3. März 1933). Neben einem ausführlichen Bericht über das Reichstagswahlergebnis ist auch ein Hinweis abgedruckt, daß die Juden in Amerika sich im ganzen Land „zu einem großen Bittgottesdienst für ihre von den Rechtsbolschewisten bedrohten Brüder in Deutschland“ vereinigt hätten. (A 10. März 1933)

In der gleichen Nummer finden sich Auszüge aus einem Hirtenbrief des Bischofs Dr. Gföllner (Linz/Österreich) vom 21. Januar 1933. Darin heißt es über den Nationalismus: „an sich“ sei er „von Gott gewollt und von der Kirche gebilligt“, werde aber unchristlich, wenn er entarte, wie insbesondere im Nationalsozialismus, „der in Rassenmaterialismus ausartet und im ‚Blutmythus‘ gipfelt; denn das heißt die menschliche Rasse ausschließlich nach körperlichen Merkmalen werten unter Außerachtlassung der höheren geistigen Werte.“ Das jüdische Volk „nur wegen seiner Abstammung“ zu verachten, zu hassen und zu verfolgen, sei unmenschlich und antichristlich. Deshalb habe die Kirche solche Pogrome stets verurteilt „und das jüdische Volk gegen ungerechten Haß in Schutz

genommen.“ Wie die Einschränkung „ungerechter Haß“ schon andeutet, sieht der Bischof aber auch „gerechte“ Gründe, denn vom jüdischen Volkstum und von der jüdischen Religion sei zu unterscheiden der „jüdische internationale Weltgeist“ : „Zweifellos üben viele gottentfremdete Juden einen überaus schädlichen Einfluß aus auf fast allen Gebieten des modernen Kulturlebens, Wirtschaft und Handel, Geschäft und Konkurrenz, Advokatur und Heilpraxis, soziale und politische Umwälzungen sind vielfach durchsetzt und zersetzt von materialistischen und liberalen Grundsätzen, die vorwiegend vom Judentum stammen. Presse und Inserate, Theater und Kino sind häufig erfüllt von frivolen und zynischen Tendenzen, die die christliche Volksseele bis in's Innere vergiften und die ebenso vorwiegend vom Judentum gelehrt und verbreitet werden. Das entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mammonistischen Kapitalismus und vorwiegend Begründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorboten und Schrittmacher des Bolschewismus.“ (A 10. März 1933) Das argumentative Muster ist durchschaubar: Zunächst wird Volkstum und Religion der Juden von Kritik ausgenommen, doch werden als schädlich erachtete Einflüsse in der Gesellschaft auf die von „gottentfremdeten Juden“ verbreiteten „materialistischen und liberalen Grundsätzen“ zurückgeführt, „die vorwiegend vom Judentum stammen“, so daß der Unterschied wieder verloren geht und am Ende doch alle Übel wieder einer Art Verschwörung von Judentum und Freimaurern zugeschrieben werden können. Es bleibt dann unklar, welche Bestandteile oder Formen des Judentums nach dieser Auffassung wirklich nicht verfolgt werden dürfen - außer man nimmt die ziemlich eindeutige Aussage gegen eine Verfolgung „nur wegen [der] Abstammung“ ernst, derzufolge nur solche Juden von der katholischen Kirche vor Verfolgung geschützt werden sollen, die ihren Glauben aufgegeben haben und konvertiert sind. Die rhetorische Figur der scheinbaren Unterscheidung mit anschließender moralischer Billigung der Verfolgung angeblich „böser“ Juden wird einige Jahre später eine verbreitete Haltung unter Katholiken, auch in den USA, werden.

von den amtlichen Beschwichtigungsversuchen nicht täuschen: Während die Regierung mit ihrer Zusicherung gegenüber dem US-Botschafter versuche, die ausländische Öffentlichkeit zu beruhigen, sage Göring das Gegenteil: Zitiert wird aus einer Rede des Reichsministers in Essen, „daß die Polizei niemals als ‚Schutztruppe für jüdische Geschäftsleute‘ benutzt werden soll.“ Neben Boykotten jüdischer Geschäfte in verschiedenen Städten seien weitere Fälle von Judenverfolgungen vorgekommen, „und die antisemitische Bewegung geht allem Anschein weiter.“ Außerdem seien tausende Kommunisten verhaftet worden, für die „die Reichsregierung eine Zwangsbeschäftigung in Konzentrationslagern“ vorbereite. Schließlich wird auch das scharfe Vorgehen der Zensurbehörde gegen alle Zeitungen, die die Regierung kritisieren, genannt. (A 17. März 1933) Zusammenfassend heißt es in der „Aurora“: „Es ist verboten!“ - anders zu denken, zu reden, zu schreiben als die Kultur-Bolschewisten des ‚Dritten Reiches‘. Die linke Presse ist erledigt, die Zentrums- und Zentrumpresse ist nicht weit davon.“ Links eingestellte Zeitungen aus dem Ausland dürfen nicht eingeführt werden, unabhängige Berichterstatter für das Ausland seien ausgewiesen. „Wie in Mussolinien sind die Zeitungen nur noch Regierungsstimmen und keine Volksstimmen mehr.“ (A 24. März 1933) Während der „Volksfreund“ gegen die „Propaganda“ der englischen Presse und ihre „Verunglimpfung des deutschen Volkes“ wettete, druckte die Aurora einen Artikel nach, in dem es heißt: „Angesichts der größtenwahnsinnigen Offenbarungen des ‚deutschen Geistes‘ der Bannerträger des ‚Dritten Reiches‘, Hitler, Hugenberg, Goering, Frick, Goebbels u.a. sowie der Gewaltmaßregeln der Regierung, wird sich der nüchterne Deutschamerikaner immer wieder schauernd fragen: Ist das wirklich Deutschland?“ (von Joseph Matt im „Wanderer“, 16. März 1933, A 24. März 1933)

Schon um diese Zeit zeichnet sich aber auch eine argumentative Taktik gegenüber den Judenverfolgungen ab, die später – bei aller Gegnerschaft zum NS-Regime – noch mehr in den Vordergrund trat, nämlich die, die Judenverfolgungen zu verharmlosen und bei den dagegen Protestierenden den gleichzeitigen Protest gegen Katholikenverfolgungen in aller Welt einzufordern. Anders ausgedrückt: Katholiken unterstützen

den Protest gegen Judenverfolgungen in Deutschland nur dann, wenn gleichzeitig protestiert wird gegen Katholikenverfolgungen in aller Welt. Als frühes Beispiel kann ein Artikel gelten, betitelt „Juden-Verfolgung“, also mit relativierenden Anführungszeichen: Er beginnt mit dem Hinweis auf die Zahl der Juden im Deutschen Reich (1925: 564.379 Juden, 0.9 Prozent der Gesamtbevölkerung) und auf die Vertreibung und Mißhandlung jüdischer Marxistenführer und Geschäftsleute und fährt dann fort, dagegen habe sich nun das gesamte Judentum und seine Presse in der englisch-französischen Welt erhoben, und diese Menschen „bauschten diese Mißgriffe zu einer gewaltigen und ‚blutigen‘ Judenverfolgung auf, auch einige englische Prediger und irische Prälaten und Laien protestierten mit. Dieselben Rabbiner und Prediger, Schreiber und Schreier waren und sind jedoch mäuschenstill, wenn Katholiken in Rußland, Spanien und Mexiko mißhandelt, enteignet oder getötet werden.“ Es wird eine Parallele zu den Judenverfolgungen gezogen, die die „Aurora“ ja auch (nur) als Verdrängung der Juden aus öffentlichen Positionen dargestellt hatte: „Keiner von diesen Hähnen kräht darüber, daß im Hitlerland die Katholiken im öffentlichen Leben schachmatt gesetzt werden sollen. Katholische Beamte werden ebenso schikaniert, auf die Straße gesetzt, katholische Blätter ebenso unterdrückt und ihre Redakteure verhaftet, wie die Juden. Alle Stellen, die sie im Laufe der Jahre durch unablässige Arbeit zu erobern vermochten, wollen die Nationalisten den Katholiken wieder abnehmen.“ (A 31. März 1933)

Hier wird bereits eine Distanzierungsverhalten geübt, das sich später noch ausgeprägter zeigen sollte. Dementsprechend war auch in der „Aurora“ kein Bericht über die Protestversammlungen in Buffalo zu finden (A 7. April 1933), an denen ja auch kein Vertreter des offiziellen Katholizismus, also kein Geistlicher, geschweige denn ein Bischof, teilnahm. Statt dessen gibt es in dieser Ausgabe eine Polemik gegen die Kritik an dem oben zitierten Hirtenbrief. Dabei ist die Aufzählung zu Beginn bemerkenswert, wo auch Rabbi Wise als „überspannter Nationalist“ gleichrangig mit Hitler usw. auf eine Ebene gestellt wird und so Nazis und Juden als Gegner definiert werden: „Wehleidigkeit und Empfindlichkeit sind die Schwächen und Blößen aller überspannten Nationalisten

(derer unter Maurras in Frankreich, unter Mussolini in Italien, unter Hitler in Deutschland, unter Rabbiner Wise in den U. S. A., oder jener, die zur ‚Union österreichischer Juden‘ gehören). Diese letzteren beschuldigten in frechster und unehrlichster Weise den Bischof Dr. Gföllner von Linz verschiedener ‚Angriffe gegen die Ehre und die Rechts-Stellung des Judentums‘. In seinem von uns in Nr. 32 dieses Jahres veröffentlichten Hirtenbrief hat er den nationalistischen und hitlerischen Antisemitismus und die Verfolgung der israelitischen Religion ebenso unparteiisch verurteilt, wie er den tatsächlichen ‚schädlichen Einfluß des Judentums‘ auf die ‚vielen gottentfremdeten Juden‘ zurückführt. Nach Ansicht der amerikanischen Rabbiner und Rundfunker, der Schreiber und Schreier, sind alle Juden stets und überall die ungerecht verfolgte ‚Unschuld‘.“ (A 7. April 1933)

Gleichzeitig bleibt die Opposition gegen Hitler und das Nazi-Regime bestehen, die ja katholische Glaubensgenossen in Deutschland weiter unterdrücken, und daraus ergibt sich in der veröffentlichten Meinung Buffalos die Rivalität, ja Gegnerschaft mit dem „Volksfreund“. Ihm wirft die „Aurora“ vor, er stehe „meistens mit beiden Füßen im deutsch-nationalen Lager von Papens“, und „Seitdem die ‚geistig-konservative Revolution‘ des Herrn von Papen und die ‚nationale Revolution‘ zur gleichen Zeit zum Durchbruch gekommen sind, befindet sich der ‚Volksfreund‘ in beiden Lagern.“ Konkreter Anlaß zu dieser typischen Polemik ist hier der Angriff eines „Hitler-Jünger[s] in Buffalo“ in den „Nazi-Funken“ des „Volksfreund“ auf die christlich-soziale Wiener „Reichspost“. (A 7. April 1933)

Zum Schluß dieses Teils sei noch ein Grundsatzartikel über die Stellung des Katholizismus zur Verfolgung der Juden wiedergegeben, dessen Grundton ebenso judenfeindlich wie NS-kritisch ist. Darin werden die Juden selber für den Antisemitismus verantwortlich gemacht, dem sie jetzt zum Opfer fallen, da dieser ein Ergebnis der von Juden vertretenen Ideen des Liberalismus und Nationalismus und der Ablehnung christlich-konservativer Anschauungen sei: Auch hier wird die Verurteilung der Judenverfolgungen der Nazis durch die liberale Presse der USA zunächst unterstützt, jedoch mit dem Zusatz,

sie übersehe, „daß der Anti-Semitismus, dessen Ausdruck die Gebahrungen der von Hitler geführten Partei sind, eine Frucht des von ihr selbst, d.h. derselben Presse gepflegten Nationalismus ist.“ Zwar sei es nicht die Absicht der „Aurora“, „den Anti-Semitismus zu verteidigen oder selbst zu beschönigen.“ Jedoch sei „er ist nicht nur ein Geschöpf blinden Vorurteils. Der liberale Jude des 19. Jahrhunderts hat in Ländern, wie Oesterreich und Deutschland, die Abneigung weiter Kreise auch des katholischen Volkes auf sich gezogen, weil er überall als Vorkämpfer der dem christlich-konservativen Geiste widersprechenden Grundsätze auftrat. In den liberalen, freisinnigen und Volksparteien standen Juden stets mit an der Spitze, wenn es galt, das alte Reich, die alte Sitte, oder die vom christlichen Sittengesetz dem Erwerb gezogenen Schranken zu durchbrechen. Eine Reihe der einflußreichsten Zeitungen genannter Länder waren in jüdischem Besitz und Vorkämpfer des Liberalismus.“ (A 21. April 1933)

III. Veränderungen zwischen 1933 und 1938

1. Die Deutsch-amerikaner und die deutschen Flüchtlinge

Entsprechend dem seit 1924 gültigen Quotensystem durften in den dreißiger Jahren jeweils knapp 26.000 Menschen aus Deutschland in die USA einwandern (zum Vergleich: aus Italien und Polen jeweils 6.000). Daneben gab es auch noch „Außerquoteneinwanderer“, d.h. spezielle Kategorien wie Geistliche oder Universitätsprofessoren. Da im Lande und im US-Kongreß eine starke Antieinwanderungsstimmung herrschte, wurde jedoch diese Quote nach einer entsprechenden Anordnung des Präsidenten Hoover von 1930 durch Hinhalte-taktik und Schikanen der Visaabteilungen über Jahre hin nicht ausgeschöpft. Es dauerte bis 1939, „nachdem die ‚Kristallnacht‘ deutlich gemacht hatte, wie ernsthaft die Judenverfolgung in Deutschland war, daß die Einwanderungsquote aus Deutschland voll ausgeschöpft wurde“ (Strauss 1986, 199). Die Flüchtlinge aus Deutschland (und später Österreich und der Tschechoslowakei) unterlagen diesen Regelungen; bis 1945 kamen aus diesen Ländern insgesamt schätzungsweise 500.000. Die weitaus meisten von ihnen waren Juden (über 90 %). Nach Herbert A. Strauss kann man für die Zeit vor 1945 aus Deutschland über 125.000 jüdische Flüchtlinge in den USA errechnen. Da die Auswanderung von Juden 1941 verboten wurde, haben die meisten in der Zeit vorher Deutschland verlassen; allerdings erreichten viele erst über Zwischenstationen in andern Ländern ihr Ziel Amerika (Strauss 1986, 197-98; Strauss 1981, 235; s.a. Dobkowski 1980). Nach Buffalo kamen 1933 bis 1941 etwa 450 jüdische Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich. Ein Teil von diesen wurde dorthin geschickt aufgrund einer Quotenaufteilung durch den National Refugee Service in New York, viele durch Verbindung zu - teils sehr entfernten - Verwandten, die die vorgeschriebene Bürgerschaft für sie übernahmen, in einigen Fällen bürgten sogar völlig Fremde für hunderte von Familien in Buffalo und anderswo (Adler/ Connolly 1960, 369).

Aus dem Gesagten geht schon hervor, daß bis zum November 1938 die amerikanische Öffentlichkeit - bei allen Protesten gegen das Hitlerregime - dessen Opfer keineswegs mit offenen Armen aufnahm. Eine der Gründe dafür lag in der Depression der dreißiger Jahre: die mit ihr verbundene Konzentration auf innere Probleme förderte nicht gerade die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Auch der Isolationismus der

zwanziger Jahre hielt sich während dieser Zeit. Noch im Oktober 1938 meinten in einer Umfrage 54,24 % der Befragten, England und Frankreich hätten richtig gehandelt, als sie der Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland zustimmten, anstatt deswegen einen Krieg zu beginnen, 37,09 % waren gegenteiliger Meinung. Im gleichen Monat meinten 58,8 % in einer Umfrage, Präsident Roosevelt solle Hitler und Mussolini wegen ihrer kriegerischen Haltung nicht öffentlich tadeln, nur 28,7 % befürworteten dies. Das änderte sich im Gefolge der Pogromnacht im November: Jetzt bezweifelten 92 % der Befragten, daß Hitler keine weiteren Gebietsansprüche in Europa mehr stellen werde, und 55,94 % stimmten der Auffassung zu, daß die Demokratien einschließlich der USA unter allen Umständen fest zusammenstehen sollten, um Hitler und Mussolini daran zu hindern, anderen Nationen weitere Gebiete wegzunehmen (Pickl 1965, 28-29).

Wie reagierten die Deutschamerikaner auf die weitere Entwicklung in Deutschland? Eine der Autoritäten für die Geschichte der Deutschamerikaner, LaVern J. Rippley, meint, nach der „Machtergreifung“ seien die Deutschen in Amerika vielleicht ein Jahr lang hin- und hergerissen gewesen zwischen Stolz auf die Erfolge des alten Vaterlands unter Hitler und Scham wegen der von ihm und seiner Partei begangenen Verbrechen. Rippley nennt folgende Belege: Als 1933 auf jüdische Initiative verschiedene amerikanische Gruppen einen Boykott deutscher Waren ausriefen, gab es noch Proteste von einzelnen Deutschamerikanern und Organisationen wie der Steuben-Gesellschaft, aber Mitte 1934, nachdem bestätigte Berichte und Flüchtlinge aus dem Reich den andauernden Terror der Nazis offenkundig machten, hätten sich die Deutschamerikaner samt ihren Organisationen der vorherrschenden Meinung der Amerikaner angeschlossen (Rippley 1984, 201). In einer stärker differenzierenden Studie über die ethnischen Gruppen in New York City in den dreißiger Jahren kommt Ronald H. Bayor aber zu dem Ergebnis, daß der aktive Protest gegen die Nazis kaum von Deutschamerikanern getragen wurde und die Haltung der weitaus meisten durchwegs in Indifferenz bzw. der Vermeidung einer politischen Stellungnahme bestand - abgesehen von denjenigen, die das neue Regime aus Überzeugung und aktiv unterstützten (Bayor 1978, 57-67).

2. Die Deutsch-amerikaner und die amerikanischen Nazis

Die neueren Untersuchungen von Cornelia Wilhelm belegen das starke Bemühen der Nazis nach Hitlers Machtübernahme, einerseits ihre ideologischen Prinzipien und Ziele in den USA durchzusetzen, andererseits sich eine breitere Basis in der amerikanischen Gesellschaft zu verschaffen. So gelang es ihnen bis Ende des Jahres 1933, in fast allen größeren Dachorganisationen des Deutschamerikanertums eine Gleichschaltung in ihrem Sinne zu erreichen und Mitglieder der FONG in entscheidende Stellungen zu hieven. Auf der anderen Seite gelang es ihnen nicht, das Deutschtum insgesamt nach ihren Vorstellungen zu einigen, sondern nur in diesen ihnen nahestehenden Teilbereichen. Die Organisationsstruktur des „Bundes“ wurde der der NSDAP angepaßt: es gab einen der SA nachgebildeten Ordnungsdienst, die Deutsche Jungenschaft im Stile der Hitlerjugend und eine Frauengruppe. Die Beziehungen zur NSDAP und Reichsregierung waren zunächst eng, organisatorisch wie inhaltlich. Erste Probleme traten auf, weil der „Bund“ sich einerseits als amerikanische Organisation darstellte, andererseits aber auch - neben amerikanischen Staatsbürgern - auch deutsche Staatsangehörige und Parteimitglieder aufnahm und deshalb in der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit als aggressiv auftretende Organisation von Mitgliedern der NSDAP, einer ausländischen Partei, angesehen wurde und Mißtrauen erweckte. Infolgedessen entschied die Parteiführung in Berlin, die Parteigenossen - die Mehrheit der Führung des „Bundes“ - müßten entweder aus dem „Bund“ oder aus der NSDAP austreten, was nur zögernd befolgt wurde. (Wilhelm 1998, 58-77). Auch der politische Druck nahm zu: Schon im März richtete der US-Congress das „Special Committee to Investigate the extent, character, and objects of Nazi Propaganda in the United States and certain other Propaganda Activities“ ein (Vorsitzender zunächst der demokratische Abgeordnete John McCormack, ab 1937 Martin Dies), mit dem Zweck, Material gegen die Nazis zu beschaffen, mit dem man gesetzlich gegen sie vorgehen könnte. (Wilhelm 1998, 94)

In unserem Zusammenhang, der sich auf das deutschamerikanische Umfeld insgesamt bezieht, ist die Strategie der Gleichschaltung der Dachverbände wichtig. Die alteingesessenen Vereine waren erst nach der Machtübernahme auf den „Bund“

aufmerksam geworden, aufgrund eines großen Interesses am „neuen Deutschland“ und seiner neuen Regierung, deren Politik großes Aufsehen erregte und eine nationale Aufwertung versprach“ (Wilhelm 1998, 77f). Allerdings bewirkte das aggressive Vorgehen Spanknöbels, der keinen Hehl aus seinem Anspruch machte, alle Vereine dem „Bund“ botmäßig zu machen, das Gegenteil. So bewog das forsche Auftreten der völkischen Vereine unter Führung des „Bundes“ beim traditionellen „Deutschen Tag“ in New York im Jahr 1933 nicht nur die jüdischen Vereine zum Austritt, es brachte auch die Öffentlichkeit und den Bürgermeister gegen den „Bund“ auf, so daß dieser schließlich davon ausgeschlossen wurde. Letztendlich führte dies auf nationaler Ebene zur Spaltung: 1935 gründeten die deutschamerikanischen Vereine eine neue Dachorganisation, die Deutschamerikanische Konferenz, die sich von den NS-Gruppen abgrenzte, und der „Bund“ gründete dagegen den Verband Völkischer Vereinigungen. (Wilhelm 1998, 79-88)

Wilhelm unterscheidet verschiedene Gruppierungen, die sich gegen den „Bund“ wandten. Zunächst die Deutschamerikaner jüdischen Glaubens, die bisher angesehene Mitglieder der German community waren und denen die Bundisten jetzt das Recht absprachen, deutsche Kultur zu vertreten - und daran von christlichen Sprechern der community nicht immer gehindert wurden. Als zweite Gruppe, die von der NS-Propaganda und Organisation des „Bundes“ direkt betroffen war, nennt Wilhelm diejenigen Deutschamerikaner, „die ihre deutsche Herkunft oder Tradition noch bewußt vertraten und sich zu diesem Zweck in Vereinen organisierten, sich aber uneingeschränkt zu ihrer amerikanischen Identität bekannten.“ Dazu zählten insbesondere Vorkriegseinwanderer in sozialistischen oder sozialdemokratischen Vereinen: Wilhelm berichtet von Bemühungen, überregional gegen den „Bund“ vorzugehen, beispielsweise im stark von Deutschstämmigen geprägten Milwaukee, wo der Vorsitzende der Steuben Society und des Zentralverbandes Deutschstämmiger Vereine eine Bewegung gegen den „Bund“ initiierte, „hinter der geschlossen die Vereinigten Bayernvereine, der Bund der Schwabenvereine und zum größten Teil die österreichischen Verbände standen.“ Sie erkannten die neue Reichsflagge

(mit Hakenkreuz) nicht an, störten nationalsozialistische Veranstaltungen und wirkten auf das Verbot von NS-Feiern hin. In Chicago wurde 1935 eine „Einheitsfront gegen den Volksfeind - Unite against Fascism“ gegründet, ähnliches wird aus Philadelphia, St. Louis, Detroit und Milwaukee berichtet. (Wilhelm 1998, 105f) Buffalo wird in dieser Darstellung nicht erwähnt; da aber auch hier ähnliche Vereine vorhanden waren, wäre zu prüfen, ob es auch hier eine parallele Entwicklung gab; die Gründung der „Vereinigten Deutschen Gesellschaften“ 1933 scheint darauf hinzuweisen (s.u.). Schließlich ist noch eine weitere wichtige deutschamerikanische Organisation zu nennen, die dem „Bund“ Widerstand entgegengesetzte: Die „German-American League for Culture“, der Deutschamerikanische Kulturverband als eine der größten und umfassend organisierte Gegenbewegung. Er setzte sich zusammen aus der politisch dem linken Spektrum zuzurechnenden Emigration und einigen wenigen älteren deutsch-amerikanischen Vereinen. (Wilhelm 1998, 107)

Der Reichsregierung wollte zum damaligen Zeitpunkt keine Verschlechterung der Beziehungen zu den USA riskieren. Deshalb leitete sie verschiedene Manöver ein, um sich einerseits das politische Potential des „Bundes“ zu erhalten, andererseits aber auch die Washingtoner Regierung zu besänftigen. Dem ersten Ziel diente eine neue Akzentsetzung in der „Volkstumsarbeit“, bei der nunmehr anstelle des „Bundes“, der aufgelöst wurde, eher traditionelle Vereinigungen als Basis der propagandistischen Einflußnahme dienen sollten - am liebsten die unverdächtige Steuben Society. Als daraus aber nichts wurde, gründeten die ehemaligen Mitglieder des „Bundes“ Ende März 1936 in Buffalo den „Amerikadeutschen Volksbund“ als eine neue „volkskulturelle“, also nicht politische Organisation. (Wilhelm 1998, 139, 147f) Sie sollte, äußerlich als Verein agierend, die nationalsozialistische Weltanschauung den Deutschamerikanern vermitteln: „Volkstumsarbeit, nicht ‚Nazi-Propaganda‘“ sei ihr Ziel, erklärte ihr „Führer“, Fritz Julius Kuhn, ein in Deutschland geborener amerikanischer Staatsbürger. Er war auf dem Gründungskongreß als Bundesleiter „mit Führerautorität“ gewählt worden. Ideologisch setzte er die NS-Linie „gegen die marxistische, kommunistische und jüdische Ueberhebung“ fort.

Zur Aufnahme mußten Mitglieder ein Gelöbnis auf Adolf Hitler und das Führerprinzip leisten und ihre „arische“ Abstammung versichern. Über die Mitgliederzahl gibt es extrem unterschiedliche Angaben: seriöse Schätzungen nennen höchstens 25.-30.000 (Wilhelm 1998, 159-166), Kuhn gab sie mit 230.000 an, Martin Dies später mit 100.000, und sowohl das US-Justizministerium als auch das F.B.I. nannten die selbe Zahl wie Botschafter Dieckhoff in einem Geheimbericht an das Auswärtige Amt 1938: nämlich 6.500 (Rippley 1986, 177). Überdurchschnittlich viele Mitglieder gehörten dem unteren Mittelstand an, fast alle waren noch in Deutschland geboren, und sie konzentrierten sich relativ stark um New York und New Jersey. Eine Reihe von Organisationen setzte die Politik des „Bundes“ für verschiedene Gruppen (Jungen, Mädchen, Frauen, Berufsgruppen...) um, begleitet von einschlägigen Veranstaltungen und Propagandaorganen (Wilhelm 1998, 166-196) - bis auch hier wieder der gleiche Effekt eintrat wie bei den Vorgängerorganisationen. Kuhn „versäumte keine Gelegenheit, die Nähe seiner Organisation zur NSDAP in Deutschland zu betonen“, machte sich unbeliebt mit „lautstarkem öffentlichem Auftreten und aggressiv antisemitischen und antikomunistischen Parolen“, und, von der Größe seiner Organisation berauscht, fühlte er sich ermutigt, auch politisch wieder aktiv zu werden - schadete damit aber dem Image der Organisation so sehr, daß das Reich den Volksbund ebenso eliminierte wie die Vorgänger. Und wie schon zuvor, als der NS-Ableger die diplomatischen Beziehungen zu stark belastete, entzog ihm die Reichsregierung offiziell ihre Unterstützung und richtete gleichzeitig unter anderem Namen eine Nachfolgeorganisation ein, dieses Mal - im Jahre 1938 - die „Deutsch-amerikanische Einheitsfront“ (Wilhelm 1998, 196). Doch deren Geschichte, die unmittelbar in die Vorgeschichte des Weltkriegs überleitet, liegt außerhalb des zeitlichen Rahmens dieser Untersuchung. In Bezug auf Buffalo muß aber angemerkt werden, daß der Name „Deutschamerikanische Einheitsfront“ dort bereits im März 1934 auftaucht (s.u.).

Die Ereignisse im Zusammenhang der Pogromnacht November 1938 bewirkten dann eine Änderung der vorherrschenden Haltung unter den Deutschamerikanern generell: Schweigen konnte nunmehr als Zustimmung zum Naziterror und

den Judenverfolgungen gewertet werden, und so bezogen führende Blätter wie die New Yorker „Staats-Zeitung“ eindeutige Stellung, indem sie die NS-Maßnahmen ohne Einschränkung verurteilten. Als Motiv für diesen Umschwung kann man Furcht vor einer antideutschen Welle wie während des Ersten Weltkriegs vermuten. (Bayor 1978, 73-75)

Auf der lokalen Ebene der Stadt Buffalo spiegeln sich die nationalen Entwicklungen und Vorgänge wider, gelegentlich mit noch näher zu untersuchenden Abweichungen. Immerhin wurde hier 1936 der neue „Bund“ formell gegründet und Kuhn zum „Führer“ gewählt. Was den „Volksfreund“ angeht, so war die Identifikation mit den Nazis klar und eindeutig. Im Mai 1934 vermeldete er die Gründung der „Einheitsfront“ mit folgenden Schlagzeilen: „Deutschamerikanische Einheitsfront“. Endlich zur Tatsache geworden. Hiesige ‚Steuben Society‘, ‚Freunde des Neuen Deutschland‘, ‚Deutsche Angestelltenschaft‘, ‚Kulturgemeinschaft zur Förderung geistiger Bestrebungen‘ und ‚Deutsche Legion‘ schließen sich zu einem deutschstämmigen Zweckverband zusammen unter vollständiger Wahrung jeglichen Eigenlebens“ und gab bekannt: „‚Buffalo Volksfreund‘ offizielles Mitteilungsblatt der ‚Deutschamerikanischen Einheitsfront‘“. In der abgedruckten „Prinzipien-Erklärung“ der Einheitsfront wird als Anspruch angemeldet: „1. Die ‚Deutschamerikanische Einheitsfront‘ übernimmt die Führung in der Wahrung der deutschstämmigen Belange der Stadt Buffalo“. Ähnliches formulierte ein redaktioneller Artikel dazu. Von nun an brachte der „Volksfreund“ jeden Freitag ausführliche Hinweise auf Veranstaltungen der Einheitsfront und ihrer Mitgliedsvereine, darunter auch die „Jungen-“, „Mädchen-“, „Frauenshaft“, „Kraft durch Freude“, eine „Deutsche Schule“, Rednerkurse etc... (V 19. Mai 1934)

Im Jahr 1937 benutzte der „Volksfreund“ die Gelegenheit des alljährlich mit Pomp begangenen „Deutschen Tages“ zu Rückblick und Bestandsaufnahme über „Buffalos Deutschtum nach dem Weltkrieg“. Dabei erfährt man, daß es seit 1933 die „Vereinigten Deutschen Gesellschaften“ gab, einen Zusammenschluß von 26 Vereinen, die - nach Aussage des „Volksfreund“ - meist „das alteingesessene deutsche Element“

verkörperten, während der „Deutschamerikanischen Einheitsfront“ „meistenteils die Neu-Engewanderten angehören“. Der „Volksfreund“ bringt dann ein Verzeichnis der deutschen Vereine von Buffalo, darunter nun auch der „Amerikadeutsche Volksbund“, also Kuhns Nazis. Beim „Deutschen Tag“ zeigte die Parade unter 48 einzeln aufgeführten Gruppen als „3. Division“ folgende Gruppen: „1. Deutsche Legions-Kapelle, 2. Deutsche Legion, 3. Amerika-Deutscher Volksbund, 4. Deutsche Jungenschaft, 5. Deutsche Mädchenschaft“ (V 8. Aug. 1937). Bei der Feier wird neben der amerikanischen und der deutschen Nationalhymne auch das Horst-Wessel-Lied gesungen. (VF 10.8. 1937). Die Deutsche Legion (German Legion, Inc.) ist das Kyffhäuser-Kriegshilfswerk in den USA (Wilhelm 1998, S. 60).

Beim „Deutschen Tag“ im August 1938, also nachdem die NS-Regierung sich vom „Bund“ distanziert hatte, erschien der „Amerikadeutsche Bund“ ebensowenig wie die Mädchen- und Jungenschaft in der Marschordnung, obwohl sie im Vereinsverzeichnis dieser Ausgabe aufgeführt sind. Andererseits zeigt der Bericht des „Volksfreund“ auf Seite 1 ein Bild mit Hakenkreuzfahnen auf der Parade mit der Unterschrift „Swastika-Fahnen [...], die mit behördlicher Erlaubnis in dem Zug getragen werden durften“. Das Horst-Wessel-Lied wird nicht erwähnt. (V 14. Aug. 1938) Es muß also in Buffalo hartnäckige Nazi-Sympathisanten gegeben haben, die nicht davon ablassen wollten, wenigstens durch behördlich erlaubte Hakenkreuzfahnen ihre politischen Sympathien zu bekunden. (Kreis 1996, 50-55)

Es bleibt nachzutragen, daß es beim „Volksfreund“ Veränderungen gegeben hatte, in denen sich seine Probleme auf dem Zeitungsmarkt widerspiegeln. 1935 kaufte V. J. Peter aus Omaha das Blatt und stellte die Erscheinungsweise um: Er erschien jetzt montags und mittwochs, dazu gab es jetzt das „Sonntagsblatt des Buffalo Volksfreund“ (V 3. Aug. 1935). Peter, in Bayern gebürtig, hatte in den Jahren zuvor schon mehrere deutsche Zeitungen erworben (Wittke 1973, 285-86). Die Publikationen seines Verlags „Tribune Publishing Company“ gaben der Einheitsfront und der deutschen Außenpolitik eine „frappierend ‚gute Presse‘“ (Wilhelm 1998, 202).

3. Der amerikanische Katholizismus

Die wirtschaftliche Depression der frühen dreißiger Jahre traf vor allem die ärmeren Schichten, und die meisten Katholiken gehörten diesen an. Deshalb begrüßten die Katholiken einhellig den „New Deal“, die Sozialpolitik des 1932 gewählten Präsidenten Roosevelt, mit dem dieser die Depression zu überwinden und durch die Einführung einer Sozialversicherung die Folgen für die ärmsten Schichten zu mildern suchte. Die katholische Presse erkannte im New Deal viele Gedanken wieder, die 1931 Papst Pius XI. in seiner Sozialzyklika „Quadragesimo Anno“ entwickelt hatte. Dieses sozialpolitische Grundsatzdokument führte den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in die Lehre der katholischen Kirche ein. Sie empfahl als Alternative zu den kapitalistischen und sozialistischen Modellen den korporatistischen Staat, in dem Berufsgruppen ähnlich den vorindustriellen Ständen das Gemeinwohl sicherstellen sollten (O'Brien 1996, 171-174). Die von den Katholiken wahrgenommene Übereinstimmung zwischen päpstlicher Lehre und Washingtoner Politik bezog sich aber weniger auf die weiterreichenden Überlegungen zum Ständestaat, sondern hauptsächlich auf die Lösungsmöglichkeiten der aktuellen Krise. Die Zustimmung zum Social Security Act von 1935 war „broad and enthusiastic“ (O'Brien 1996, 172), ungeachtet unterschiedlicher Akzentsetzungen in Einzelheiten, etwa hinsichtlich der Rolle des Bundes und der Einzelstaaten. In der Außenpolitik freilich gab es Spannungen zwischen Katholizismus und Regierung: Gegenüber der Sowjetunion unternahm Roosevelt erste Schritte einer vorsichtigen Annäherung, wogegen die Katholiken auf den militanten Atheismus des Regimes und die Verfolgung ihrer Kirche hinwiesen; ebenso beklagten sie die Kirchenverfolgung in Mexiko, und die meisten Katholiken - wenn auch nicht alle - sympathisierten ab 1936 im spanischen Bürgerkrieg mit Franco (Hennesey 1981, 270-273).

Einem der lautstärksten und einflußreichsten Sprecher eines neuen sozialen Katholizismus, und im Laufe der Zeit ihr reaktionärster, werden wir im „Volksfreund“ und der „Aurora“ begegnen: Father Charles E. Coughlin, Pfarrer in einer Vorortpfarre von Detroit. Im Lauf der Jahre hatte er eine eigene politische Organisation gegründet (National Union of Social Justice), eine eigene Zeitung (Social Justice), und als Radio-

prediger eine Zuhörerschaft von zeitweise 10 Millionen. Zunächst unterstützte er die Gewerkschaften und den New Deal, entwickelte sich dann zum Fürsprecher des bedrängten Kleinbürgertums und zum Kritiker von Big business und Hochfinanz, „godless capitalists, the Jews, Communists, international bankers and plutocrats.“ Nach den Präsidentschaftswahlen 1936 wurde er zunehmend antidemokratisch und antisemitisch, obwohl er dies immer bestritt (vgl. Abzug 1999, 77-82). Danach entzog die Hierarchie ihm ihre Unterstützung, aber erst nach dem Kriegseintritt zwang ihn die Regierung zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben. (Hennesey 1981, 274-275). Je näher der Krieg rückte, um so radikaler wurde Coughlins Position, um so begrenzter auch seine Zuhörerschaft auf ein Extrem der isolationistischen Katholiken, die er mit „a steady stream of emotional attacks“ gegen Roosevelt, die Liberalen, Kommunisten, und Juden aufhetzte. Nach dem traditionellen antisemitischen Muster machte er sowohl für Kommunismus als auch für Kapitalismus jüdische Verschwörungen verantwortlich und erhob den Vorwurf, amerikanische Juden wollten die USA in einen Krieg gegen Deutschland ziehen, von dem nur die Sowjetunion profitieren würde. Neben dem verbreiteten Antisemitismus traf er auch das bei manchen Katholiken vorhandene Ressentiment, daß ihre Klagen über Katholikenverfolgungen ignoriert wurden, die über Judenverfolgungen aber nicht. David J O'Brien zufolge traf er mit seinen Attacken gegen den Kommunismus auf mehr Resonanz als mit denen gegen die Juden: die meisten Katholiken, die Roosevelts Außenpolitik kritisierten, taten dies aus Furcht vor der Sowjetunion (O'Brien 1996, 176-180; zum Verhältnis zwischen Katholizismus, speziell Coughlinites, und Ethnien in New York City s. Bayor 1978, 94-107).

IV. Presseberichte über Judenverfolgungen bei und nach den Novemberpogromen 1938

1. „Buffalo Evening News“

„Uncontrolled anti-Semitism burst forth like a fire in Germany“ - als Rache für die Ermordung des Pariser Botschaftssekretärs Ernst von Rath, so beginnen die „News“ ihre Berichterstattung über die Pogromnacht vom 9. November 1938, und dieser Ausbruch habe die Kontrolle der Polizei gesprengt und im ganzen Reich brennende Synagogen, geplünderte jüdische Geschäfte (10.000 wurde am Nachmittag geschätzt) sowie zahlreiche Selbstmorde von Juden hinterlassen (N 10. Nov. 1938). Die offiziellen Verlautbarungen, so entnimmt man der Zeitung, gaben sich keine Mühe, den Charakter der unverhohlenen Verfolgung zu verschleiern, auch wenn die Verhaftung vieler jüdischer Ladenbesitzer zunächst offiziell als Maßnahme „zu ihrem eigenen Schutz“ deklariert wurde. Goebbels wurde zitiert mit der Ankündigung, die weitere Antwort auf das Judentum werde durch Gesetze und Verordnungen gegeben. Aus Wien wurde gemeldet, daß schätzungsweise 2-3000 Juden verhaftet wurden, weil ihre Papiere nicht in Ordnung gewesen seien. In München seien „viele jüdische Einwohner“ angewiesen worden, binnen 48 Stunden die Stadt zu verlassen, einige davon auch das Reich. Mit Beispielen wird belegt, daß die Terrorkampagne offensichtlich sorgfältig im voraus organisiert war. (N 10. Nov. 1938)

Die Berichterstattung läßt erkennen, daß die Pogrome die Gefährlichkeit des Regimes auf schockierende Weise und unbestreitbar offenbarten. Am nächsten Tag trugen die „News“ eine große Schlagzeile: „Spare British Jews, Germany Told“, und der Artikel berichtet über die Vorhaltungen der britischen Regierung gegenüber Deutschland, die Rechte und das Eigentum der britischen Juden zu schützen. Der „Daily Telegraph“ wird zitiert mit der Aussage, „Germany has delivered herself over to an orgy of savagery which will send a thrill of horror throughout the civilized world.“ Auch hier wird wieder betont, offenkundig seien die Pogrome gut vorausgeplant gewesen. Es wird auch berichtet, Gesetze zur Verbringung der Juden in Ghettos seien vorgesehen als Teil eines Programms zur „final solution“ der Judenfrage. Eine Vertreibung ausländischer Juden werde sorgfältig erwogen, und Gerüchten zufolge solle auch ein schon lange gehegter Plan zur Enteignung deutscher Juden umgesetzt werden. Befürchtungen von Juden werden zitiert, der Höhepunkt der Verfolgung werde noch kommen,

und zwar bald. In Wien wird die Zahl der Verhafteten auf 10.000 geschätzt, die der bereits Eingesperrten auf 4.000. (N 11. Nov. 1938)

Auch über die Attacke eines Mobs auf das Palais des Münchner Erzbischofs, Kardinal Faulhaber, wurde ausführlich berichtet: Mit Steinen und Knüppeln wurden praktisch alle Fenster zertrümmert. Der Kardinal, der schon öfter die Nazis kritisiert hatte, hatte zuvor die Polizei um Schutz gebeten, falls im Zusammenhang mit den anti-jüdischen Ausbrüchen der katholische Klerus ebenfalls angegriffen werden sollte. Der bayrische Naziführer Adolf Wagner hatte in einer Rede vor 5.000 Menschen unter dem Motto „Gegen das Judentum und seine roten und schwarzen Helfershelfer“ Faulhabers Brief vorgelesen und dies kommentiert, wenn Faulhaber sein Verhalten ändere, brauche er keinen Polizeischutz mehr. Wagner bezeichnete Katholiken als Verbündete der Juden und erklärte, Tausende Juden würden als Geiseln festgehalten. Die Zeitung erinnerte an einen Vorfall am 8. Oktober, bei dem der Wiener Kardinal Innitzer mit Steinen beworfen und Möbel aus seinem Palais auf die Straße geschleudert worden waren. (N 12. Nov. 1938)

Wie die Ereignisse in Deutschland selbst werden die Meldungen darüber immer dramatischer: über die wirtschaftlichen Maßnahmen, durch die die Juden aus dem Geschäftsleben und der Gesellschaft ausgeschlossen werden sollen, nämlich die Verpflichtung, für Schäden der Pogrome aufzukommen, über die Beschlagnahme aller Versicherungsansprüche, das Verbot des Einzel- und Großhandels sowie des Besuches von Theatern, Konzerten usw. Zahlreiche einzelne Meldungen über Verhaftungen von Juden erscheinen, z.B. aus Berlin die von etwa 160 prominenten Juden, die in der Polizeiwache Alexanderplatz verhaftet und von denen dann die meisten in ein Konzentrationslager geschickt wurden: Funktionäre von - auch durch die Regierung - anerkannten jüdischen Organisationen, frühere Wehrmachtsoffiziere, Professoren, wohlhabende Kaufleute. Vor dem amerikanischen Konsulat in Berlin drängten sich hunderte Juden und baten um beschleunigte Erledigung ihrer Visaanträge, darunter viele Frauen, deren Ehemänner während der vergangenen Tage verhaftet worden

waren. Viele der Wartenden waren, nach Einschätzung der Konsularbeamten, auch Menschen, die im extraterritorialen Bereich des Konsulats wenigstens zeitweise Schutz erhofften. Aus Wien meldete die Zeitung, ein Eisenbahnzug mit annähernd 800 jüdischen Gefangenen habe die Stadt verlassen mit unbekanntem Ziel, möglicherweise Dachau oder Buchenwald. Dazu gab es nicht nur Proteste, sondern auch Selbstkritisches in der amerikanischen Öffentlichkeit: In einer Radio-sendung aus New York gab ein Vertreter der Episkopalischen Kirche zu, die Antwort der christlichen Kirche auf die Juden-verfolgung sei insgesamt „inconsequential,“ und auch Amerika selbst sei nicht frei von Antisemitismus. (N 12. Nov. 1938)

Solche Meldungen erschienen in den folgenden Tagen regel-mäßig. Was die Reaktion in Buffalo betrifft, so wurde am 27. November eine Veranstaltung abgehalten unter dem Titel „The Persecutions in Germany“. Sie fand in der Westminster Presbyterian Church statt, und zwar als Sonntagabendgottes-dienst, 1.200 Personen nahmen teil von „praktisch jeder Konfession“. Die Schirmherrschaft hatten das Council of Churches of Buffalo and Erie County übernommen sowie die vier Personen, die diesen Gottesdienst üblicherweise betreu-ten: Dr. Albert G. Butzer, Priester dieser Kirche, Rev. Charles D. Broughton, Rektor der Episcopal Church of the Ascension, Dr. Earl F. Adams, Pastor der Delaware Avenue Baptist Church, und Dr. William E. Park, Priester der North Presbyterian Church.

Die „News“ charakterisierten die Veranstaltung nicht als eine des „Protestes“, sondern als Ausdruck der Gefühle in Bezug auf die Not der Minderheiten in Deutschland, mit einem Appell an die Brüderschaft aller Menschen. Dieser Geist habe alle Beiträge gekennzeichnet, vom Eröffnungs-gebet von Rev. William E. Park, über die Hauptansprachen von Bürgermeister Holling, von Dr. Joseph L. Fink, Rabbi des Tempel Beth Zion, und von Rev. Austin Pardue, Dekan der St. Paul's Cathedral, bis zum Abschlußgebet und Segen, die Dr. Earl F. Adams, Pastor der Delaware Avenue Baptist Church, sprach. Bürgermeister Holling betonte, die Juden- und neuerdings Katholikenverfolgungen gingen nicht nur die Angehörigen oder Sympathisanten dieser Gruppen an, sondern seien eine allgemeine Frage der Menschlichkeit.

Er wird - in beiden englischsprachigen Zeitungen Buffalos - zitiert mit einem ausdrücklichen Bezug auf die Deutschamerikaner in der Stadt, die seiner Meinung nach den Gang der Ereignisse in Deutschland nicht nur ohne Sympathie, sondern mit klarer Opposition verfolgten; eine Reihe sehr prominenter Deutsch-Amerikaner habe ihre unveränderliche Opposition gegen die aktuelle Lage in Deutschland ausgesprochen; dies sei nicht das Deutschland ihrer Väter, sondern ein neues, fremdes Deutschland. Holling nahm auch ausdrücklich Bezug auf die Aktivitäten des „Bundes“ in Buffalo: Zum Glück habe man in Buffalo mit ihm, der hier anscheinend keine Macht habe, wenig zu tun gehabt, aber warnend fragte er, ob es nicht an der Zeit sei, die geheimen Aktivitäten solcher Organisationen zur Kenntnis zu nehmen, denn hierzulande gebe es keinen Raum für Organisationen, die einer ausländischen Macht untergeordnet seien. - Wie andere Redner auch, betonte Rabbi Fink, er wolle kein Urteil über ein ganzes Volk sprechen. Der Dekan Pardue nannte fünf Möglichkeiten, um den Bedrängten zu helfen: 1. Finanzielle Hilfe für Flüchtlinge. 2. Gott lieben in jedem Flüchtling, gleich ob Jude, Katholik oder Protestant. 3. Alle Glaubensgemeinschaften sollten gegen die Diktaturen zusammenstehen. 4. Das Außenministerium solle aufgefordert werden, sich für unterdrückte Minderheiten einzusetzen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Äthiopien, China und Rußland. 5. Für die Feinde beten, damit sie sich bessern. - Die gesamte Kollekte des Gottesdienstes wurde für jüdische und christliche Flüchtlinge aus Deutschland bestimmt. Weitere Teilnehmer, die genannt wurden: Rev. Frank L. Janeway, Generalpresbyter für das Buffalo-Niagara Presbyterium; Dr. Ross W. Sanderson, Geschäftsführer des Council of Churches; Mr. Broughton, Dr. Adams und Dr. Park. (N 28. Nov. 1938, Buffalo Courier-Express 28. Nov. 1938)

Es fällt auf, daß im Unterschied zur Protestveranstaltung von 1933 keine Person genannt wird, die als Katholik bzw. Vertreter der katholischen Kirchen aufgetreten wäre. Zugleich ist die Bezugnahme des Bürgermeisters auf den „Bund“ vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Entwicklung zu sehen, die diesen im Jahre 1938 dazu veranlaßt hatte, den Rückzug aus der Öffentlichkeit anzutreten, aber - so könnte man Holling verstehen - bei Fortsetzung geheimer Tätigkeiten.

Um die Nachrichtenlage abzurunden, sei hier auch noch auf eine Meldung des gleichen Tages hingewiesen: Ebenfalls in einem Gottesdienst, in der Vesper der First Presbyterian Church, vertrat der Journalist und Autor Dr. Emil Lengyel die Auffassung, Deutschland sei für einen Krieg nicht vorbereitet, Hitler sei am Ende. (N 28. Nov. 1938)

2. „Buffalo Volksfreund“

Auch in der Berichterstattung des „Volksfreund“ über die Pogromnacht und ihre Folgen schlug sich der Stimmungswandel bei den NS-Sympathisanten nieder. Im Unterschied zu den auftrumpfenden Tönen fünf Jahre zuvor beschränkte er sich zunächst auf Berichte über die Pogrome des 9. November und die darauf folgenden Maßnahmen gegen die Juden. Noch bevor Nachrichten von den Synagogenbränden usw. eintrafen, wußte der „Volksfreund“ aus „unterrichteten Berliner Kreisen“ zu berichten, daß das Attentat auf den Legationssekretär vom Rath „aller Wahrscheinlichkeit nach schwere Folgen für die Juden in Deutschland und auch für die ausländischen, hier lebenden Juden haben“ werde, denn die „Erregung in Kreisen der nationalsozialistischen Partei ist außerordentlich groß“. Es werde gemutmaßt, „daß Ausweisungen ausländischer Juden in größeren Mengen erfolgen werden und gegen die deutschen Juden weitere Einschränkungen wirtschaftlicher Natur bevorstehen.“ (V 10. Nov. 1938) Zwar übernahm der „Volksfreund“ zunächst die offizielle Version von den spontanen „Ausbrüchen“ und der „Schutzhaft“ für viele Juden (V 13. Nov. 1938), berichtete aber dann auch über die andauernde „Drastische Maßregelung der Juden“ durch die Regierung, über die von ihnen verlangten Schadenersatzforderungen und die Inaussichtnahme eines „Ghetto-Systems“ (V 15. Nov. 1938). Ohne die 1933 praktizierte Parteinahme wurde die Version der Nazipresse lediglich zitiert: „Kein Haar den Juden gekrümmt, sagt Blatt. ‚Völkischer Beobachter‘ brüstet [sich] mit ‚Disziplin‘ der Deutschen, trotz ihrer ‚Wut‘.“ Ebenso wird daneben der Appell des Jüdischer Weltkongreß „an das Weltgewissen“ vermeldet (V 15. Nov. 1938).

Es gab anscheinend zunehmend Konflikte im „Volksfreund“ zwischen der seitherigen Sympathie mit den Nazis in Deutschland und der Loyalität mit der eigenen Regierung, zumal bei den Pogromen auch amerikanische Juden zu Schaden

gekommen waren, für die sich die US-Regierung nunmehr einsetzte. Der Argwohn der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die NS-Organisationen im eigenen Lande dürfte auch den „Volksfreund“ zu Zurückhaltung veranlaßt haben, so z.B. bei den Meldungen über die Heimberufung des amerikanischen Botschafters zum Zwecke der Berichterstattung, die der Präsident mit einer scharfen Verurteilung der Judenverfolgung verband und der „Volksfreund“ lediglich mit dem Hinweis ergänzte, die deutsche Presse sei „gegen Auslandskritik der Krawalle.“ (V 17. Nov. 1938)

In der gleichen Ausgabe druckte der „Volksfreund“ auch einen Bericht über die Störung einer kirchlichen Feier anlässlich des 300jährigen Jubiläums der Errichtung der Mariensäule auf dem Müncher Marienplatz durch „anti-katholische Elemente“. Nur am Rande wird auch erwähnt, daß Kardinal Faulhaber deshalb nicht teilgenommen habe, weil „er öffentliches Erscheinen im Hinblick auf die gestrigen Vorfälle vor seinem Palais, wo die erregte Menge Fenster eingeworfen hatte, vermeiden wolle.“ Was mit den „gestrigen Vorfällen“ gemeint ist, wird nicht weiter erläutert (V 17. Nov. 1938).

Auch das Nachrichtenbild des „Volksfreund“ ließ keinen Zweifel aufkommen, wer das Hauptziel der Verfolgungen war und daß diese weiter gesteigert werden sollten: Bei der Beerdigung von Raths sagen die Redner dem „internationalen Judentum den Kampf an“, über den Vorschlag einer „Massenauswanderung der Juden“ und die Erörterung dieses Plans zwischen Großbritannien und den USA, über dessen Kosten (\$ 150.000.000) und Ziel (Kolonien) wird berichtet (V 20. Nov. 1938), zwei Tage später soll die „Dominikanische Republik als Judenasyll in Betracht“ kommen, weswegen die Reichsregierung auch Verhandlungen beginne, während die amerikanischen Juden sich an Roosevelt wenden, er solle sich für eine unbegrenzte Einwanderung nach Palästina einsetzen (V 22. Nov. 1938).

In dieser Situation erschien ein Editorial, das den Zwiespalt zwischen NS-Sympathie und Bürgerloyalität erkennen ließ und aus dem sich sein Verfasser durch die Hoffnung zu retten versuchte, dieser Konflikt werde sich durch Stillhalten von

alleine auflösen - unter Ignorierung aller Realitäten, die die Nazis einseitig durch ihre aggressive Innen- und Außenpolitik schufen: Der Verfasser kritisierte die Washingtoner Regierung dafür, daß sie die ersten Schritte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland getan hätte, und zwar aus einer „Verwirrung“ heraus, nachdem auf die Ermordung eines deutschen Diplomaten „durch einen armseligen polnischen Juden [...] das deutsche Volk mit Hordenausbrüchen und der Zerstörung jüdischen Eigentums antwortete und die deutsche Regierung weitere harte Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland einführt“. Er fährt fort: „Die Ausschreitungen der Horden in Deutschland sind nicht nur von allen Bürgern ohne Unterschied der Herkunft und der deutsch-amerikanischen Presse verdammt worden, auch die harten Strafmaßnahmen der deutschen Regierung wurden beklagt.“ Dies, so legt der „Volksfreund“ nahe, habe dazu geführt, daß die deutsche Regierung in manchen Punkten eingelenkt habe, und Washingtons harte Reaktion daher nicht angebracht gewesen sei. Man könne „nur froh sein, daß der Kongreß bald zusammentreten wird, um die Sache wieder ins Reine zu bringen und eine Aussöhnung beider Völker herzustellen.“ Der Leitartikel schließt mit der Aufforderung, sich nicht allzu sehr beunruhigen zu lassen, denn „Es wird keinen Krieg geben, wie manche ängstliche Gemüter glauben; die Krisis wird vorübergehen, einerlei wie viele schwarze Wolken momentan am Firmament aufgestiegen sind. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ (V 22. Nov. 1938)

Die Wortwahl der Berichterstattung paßte sich nun häufiger der der englischsprachigen Presse an, die nazifreundliche Linie wurde eher indirekt fortgesetzt. Es wird über die steigende Zahl von jüdischen Auswanderern aus dem „Altreich“ und, nach dem Anschluß, aus Österreich berichtet mit dem Hinweis, allein in Wien lägen 135.000 Auswanderungsgesuche von Juden vor, die bis jetzt nicht erfüllt werden konnten, „weil sich das Ausland, vor allem England und die Vereinigten Staaten, gegen die Einwanderung absperren.“ (V 24. Nov. 1938) Moralische Unterstützung für judenfeindliche Äußerungen konnte der „Volksfreund“ nunmehr auch von dem populären katholischen Radioprediger Father Coughlin erhalten. Er wird wiedergegeben mit seiner Denunzierung der Juden als Förderer

des Kommunismus und seiner Forderung, daß nicht nur Judenverfolgungen, sondern jegliche Verfolgungen aus religiösen Gründen - gemeint sind vor allem solche gegen Katholiken - verurteilt werden müßten (V 29. Nov. 1938; s. u. „Aurora und Christliche Woche“).

Die gleiche Ausgabe brachte gleich drei Meldungen, die wieder das Dilemma der Deutschamerikaner oder genauer der mit den Nazis sympathisierenden unter ihnen beleuchteten. Zum einen wurde berichtet, die deutsche Reichsregierung habe acht Amerikaner mit Orden ausgezeichnet, darunter auch den Journalisten F. W. Elven von der „Cincinnati Freien Presse“, der auch im „Volksfreund“ schrieb (z.B. am 17. Nov. 1938 einen großen Kommentar zu internationalen Entwicklungen nach dem Münchner Abkommen „Europas Gegenwart und Zukunft“). Zum zweiten war zu lesen, daß der Vorsitzende des Kongreßausschusses „gegen die unamerikanischen Aktivitäten“, der Abgeordnete Dies, wieder gegen den „Amerika-deutschen Volksbund“ losziehe und die Auflösung „fremder“ Gruppen im Land verlange, also solcher, deren Loyalität einer nichtamerikanischen Macht gilt (siehe oben). Schließlich brachte der „Volksfreund“ auch eine knappe Meldung über den Gottesdienst am 27. November 1938, die lediglich den Bürgermeister zitierte, der „in scharfer Weise die Juden- und Katholikenverfolgungen im neuen Deutschland verurteilte“ und weiterhin erklärt habe, „daß aber lange nicht alle Deutschen mit diesem Haß und dieser Hetze übereinstimmten und auch von führenden Deutsch-Amerikanern in Buffalo, wie anderwärts flammende Proteste dagegen erhoben worden seien.“ (V 29. Nov. 1938)

Die Nazi-Sympathisanten spürten wohl allmählich, daß sie sich entscheiden mußten. Aufschlußreich ist hier die Reaktion von Elven auf die Verleihung des Reichsordens („Deutscher Adler zweiter Klasse“): Er verweigerte die Annahme mit der Begründung, die der „Volksfreund“ wörtlich zitiert: „Ich bin an keinem Lande außer den Ver. Staaten interessiert. [...] Die Bürger von Cincinnati sollen wissen, daß unsere Politik ist: die Vereinigten Staaten zuerst, zuletzt und immerdar!“ Der „Volksfreund“ versäumte nicht, mit einer redaktionellen Anmerkung darauf hinzuweisen, daß Elven „seit der Macht-

ergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland aus seiner Sympathie für die Bewegung kein Hehl gemacht“ habe (V 4. Dez. 1938).

Insgesamt ist der stramme NS-Ton vergangener Jahre einer vorsichtigen, defensiven und schwankenden Haltung gewichen. So etwa wurde auf der ersten Seite eine Rede von Rudolf Heß wiedergegeben, in der dieser von „britischer Heuchelei“ im Zusammenhang der Judenverfolgung sprach, da England vor 700 Jahren Juden verfolgt habe (V 4. Dez. 1938). Auch die Einschätzung einer möglichen Kriegsgefahr änderte sich innerhalb weniger Wochen. Ein Editorial zog eine Parallele zwischen einer Rede des früheren britischen Außenministers Anthony Eden in New York zur „Kriegspropaganda wie im Jahre 1917“ und empfahl den Amerikanern: „Was immer auch in mehreren Ländern Europas passieren mag, wie sehr wir als freie Staatsbürger die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Menschenbrüder grundsätzlich beklagen, zu kriegerischem Tun haben wir keine Veranlassung.“ Im Klartext also: Isolationismus, denn „Wünschen wir Amerika als Land der Freiheit auch in Zukunft, ist es unsere Aufgabe uns aus den Händeln Europas herauszuhalten.“ (V 20. Dez. 1938)

3. „Aurora und Christliche Woche“

Die katholische Wochenzeitung betonte mehr als der „Volksfreund“ immer wieder, daß die Proteste gegen Verfolgungen nicht nur eine Angelegenheit jüdischer Organisationen und Personen seien, sondern auch eine von anderen Gruppen, die ebenfalls von Unterdrückung durch das NS-Regime betroffen waren: So erschien in der Ausgabe vom 11. November 1938, die die Ereignisse der Pogromnacht noch nicht berücksichtigen konnte, eine Meldung über eine Rede des Erzbischofs J. F. Rummel von New Orleans, Vorsitzender des bischöflichen Komitees für reichsdeutsche katholische Flüchtlinge, die er am 6. November 1938 beim Jubiläums-Mahl des Kolping-Vereins New York gehalten hatte: Er „empfahl den Kolpingsöhnen von Amerika und allen Katholiken, besonders denen von deutscher Abkunft, die karitative Fürsorge für die zahlreichen katholischen Flüchtlinge, die als Ausgestoßene und Heimatlose, weil treue und standhafte Bekenner ihres christlichen Glaubens, über den Ozean gekommen sind und an die Türen und Herzen ihrer hiesigen Glaubens- und Volksgenossen

um Hilfe pochen.“ Rummel nannte dabei neben den Emigranten „aus alten katholischen Familien, die in Generationen für ihr Land und ihre Religion gekämpft haben“ jene Katholiken, die vom Judentum konvertiert waren und als „Nichtarier“ aus rassistischen Gründen verfolgt wurden. (A 11. Nov. 1938)

Ausführlich berichtete die „Aurora“ dann in ihrer nächsten Ausgabe über die Ereignisse in und nach der Pogromnacht. Der Täter ist hier, im Unterschied zum „Volksfreund“ („arm-seliger polnischer Jude“), „ein 17jähriger Jude“, der den Botschaftssekretär „erschoss, um die aus Deutschland ausgewiesenen Juden zu rächen“, und daraufhin - ebenfalls in deutlich anderen Formulierungen als der „Volksfreund“ - „ließ die Hitler-Regierung in der Nacht vom 10. zum 11. [sic] November die Nazi-Meute ‚spontan‘ auf jüdische Synagogen und Geschäfte los, wobei auch das Bischofshaus des Kardinal Faulhaber (München) von den braunen ‚Vandalen‘ einen Ueberfall erlitt mit Steinen und Stöcken.“ Die „Aurora“ fährt dann fort mit Einzelheiten über die weiteren Maßnahmen, und die Berichterstattung läßt keinen Zweifel an ihrer Empörung, wobei die gleichzeitige Attacke auf den Münchner Kardinal diese eindeutige Reaktion offenkundig mitverursachte: „Die Regierung bestrafte natürlich nicht die ‚Rächer‘ des deutschen Botschafters, sondern legte den reichen Juden des Reiches eine Sühnstrafe von 400 Millionen Dollars auf und erließ neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entrechtungs- und Enteignungsverfügungen gegen alle deutschen Juden.“ Goebbels' Jidenhaß wird zitiert: „Wir weinen ihnen (den Juden, ihren zerstörten und verbrannten Geschäftshäusern und Synagogen) keine Träne nach. Sie (die Synagogen) standen lange genug im Wege. Wir können den freigewordenen Platz nützlicher als für jüdische Feste gebrauchen.“ Selbstverständlich brachte die „Aurora“ auch Einzelheiten der Ereignisse in München: Nach dem Verlesen des Briefes, in dem Faulhaber um Polizeischutz bat, habe der bayrische Innenminister Wagner gehöhnt: „Wenn Faulhaber seine Einstellung ändert, wird er besser geschützt sein, als die Polizei ihn schützen kann.“ Die „Aurora“ fährt fort: „Die Radaubröder verstanden diesen Wink, machten sich sofort an die ‚Bekehrung‘ des Kardinals und warfen die Fenster seiner Amtswohnung ein.“ (A 18. Nov. 1938)

Die „Aurora“ zog immer wieder einen Trennungsstrich zu den NS-Sympathisanten in den USA, etwa wenn sie gegen die „nazi-freundlichsten deutsch-amerikanischen Zeitungen“ wie die „New York Staatszeitung“ und den „Baltimore Correspondent“ polemisierte (A 25. Nov. 1938). Ihre Position läßt sich insofern nicht mit der des „Volksfreund“ gleichsetzen, als sie zu keiner Zeit die offizielle NS-Propaganda übernahm. Dennoch knüpfte sie ihre Protesthaltung an eine Bedingung, die in diesen Zeiten besonders deutlich hervortrat. So wie in den Berichten über die Pogromnacht eine Gleichgewichtigkeit in der Verfolgung der Juden und der der Katholiken suggeriert wurde, wurde nunmehr immer häufiger die schon vor Jahren benutzte Koppelung des Protestes gegen die beiden Verfolgungen gefordert. Beispielhaft ist die Kommentierung dieser kurzen Meldung: „Jüdische und christliche Geistliche und Laien der Ver. Staaten protestierten letzte Woche über [sic] die Juden- und Christen-Verfolgungen im Dritten Reiche und empfahlen Sonntag, den 20. November, als Gebetstag für die Opfer des Nazi-Terrors“. Als Begründung für diesen Gebetstag und als Leitlinie für die weiteren Proteste zitiert die „Aurora“ anschließend das Diözesanblatt der Diözese Brooklyn mit folgendem Artikel über die Religions-Verfolgungen: „Selbstverständlich muß gegen die Verfolgung von Juden und anderen Personen in Deutschland Protest erhoben werden; aber zugleich muß auch die Verfolgung von Christen in Sowjet-Rußland, wo zwei Millionen Menschen systematisch ausgehungert sind und das ganze Land ein riesiges Konzentrationslager ist, verurteilt werden.“ Weiter werden die Katholikenverfolgungen in Spanien, Mexiko, Nord-Irland aufgeführt, und es gelte, für „die Opfer der Religions- und Rassenverfolgung in der ganzen Welt“ zu beten. „Wir werden aber auch beten, daß unsere Mitmenschen, welche die Verfolgung der Juden in Deutschland verdammen und zugleich Jubiläumsglückwünsche an Sowjet-Rußland, den Liquidator der Christen, schicken; daß jene, die sich weigern, die Katholikenverfolgung in Spanien und Mexiko zu verurteilen, während sie den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland fordern, das Licht der Fairneß sehen und erkennen, daß es falsch ist, irgend eine Religion, irgend eine Rasse, irgendwelche Kinder Gottes zu verfolgen.“ („The Tablet“, 19. Nov. 1938, A 25. Nov. 1938)

In der gleichen Ausgabe erfährt man auch von einer weiteren Druckmaßnahme der Reichsregierung gegen kritische Geistliche, nämlich die Verordnung, nach der die staatlichen Gehälter für Priester bei Fehlverhalten nicht gezahlt werden sollen. Sie wird ausführlich dargestellt und verknüpft mit der katholischen Märtyrergeschichte unter der Überschrift „Es gibt noch Glaubens-Helden und Zeugen im Reiche“. Dabei wird die Verweigerung der Bezahlung gleichgesetzt mit Folter und Hinrichtung: „Märtyrer sind nicht allein die, welche fürchterliche Folterungen ertragen, oder ihr Haupt dem Henkerbeil hinhalten müssen; sondern auch jene, die alle materiellen Lebenschancen opfern müssen, um ebenso arm wie Christus selbst, mit nichts durch's Leben gehen, weil sie Ihn, den Gottmenschen, lieben und Ihn, den wahren Führer der Menschen, über den weltlichen Diktator, über Hitler, stellen.“ (A 25. Nov. 1938)

Einen eher analytischen Artikel über das NS-Regime brachte die „Aurora“ im November/Dezember 1938, in dem der amerikanische Benediktiner Alcuin Heibel nach einer Deutschlandreise die Gründe für die Religionsfeindschaft des NS-Regimes in dessen Totalitätsanspruch sah: Das Regime verlange den „totalen Menschen mit Leib und Seele“, und wer „sich dagegen aus seiner politischen, weltanschaulichen, religiösen Ueberzeugung sträubt, ist bereits ‚Staatsfeind‘.“ Deshalb verfolge der Nationalsozialismus „Jeden irgendwie öffentlich bekannten oder bewiesenen Gewissensvorbehalt ihm gegenüber [...] als einen staats- und volksfeindlichen Akt“. (A 25. Nov. 1938) In der Fortsetzung beschrieb Heibel, wen der Nationalsozialismus als seine Hauptfeinde ansehe: der eigentliche „Staatsfeind Nr. 1“ sei der „Nichtarier“, als „Staatsfeind Nr. 2“ zählt er auf „Priester und Laien, Ordensleute und Jugendliche, Katholiken und, wenn auch noch zahlenmäßig gering, führende Laien und Pastoren der Evangelischen Bekenntniskirche. Ihre Opfer sind Professoren und Journalisten, Gelehrte und einfache Gläubige, die vielleicht wegen der Verbreitung päpstlicher Rundschreiben, Verteilung verbotener Hirtenbriefe, wegen eines mannhaften Wortes und ähnlicher ‚Verbrechen‘, wegen Einsatzes für die katholische Schule usw., verfolgt wurden.“ (A 2. Dez. 1938) Dies war zumindest ein Versuch, die unterschiedlichen Dimensionen

der Verfolgungen von Juden und Christen zu beschreiben und zu gewichten. Aus heutiger Sicht nach dem Holocaust erscheinen uns immer noch die Proportionen verzerrt, aber doch weniger als in der sonst in der „Aurora“ üblichen Gleichsetzung der Verfolgungen. Solche realistischen Ansätze hätten jedenfalls die Möglichkeit einer Solidarität der Opfer geboten, die in den übrigen Behandlungen des Themas kaum aufscheint. Darin unterscheidet sich dieser Ansatz von anderen zeitgenössischen Ansätzen, die eher auf Entsolidarisierung angelegt waren. Aber diese Sichtweise, die eine solidarische Haltung auf realistischer Grundlage für die beiden Religionsgemeinschaften der Katholiken und der Juden ermöglicht hätte, war anscheinend nicht tonangebend bei vielen amerikanischen Katholiken.

Vielmehr gewann zunehmend Rev. Coughlin an Popularität, der in seinen Rundfunkansprachen einerseits ebenfalls eine Gleichbetroffenheit von Katholiken und Juden behauptete, andererseits aber die Ursache für die Judenverfolgung im Judentum selber sah, nämlich in dem angeblich von Juden gesteuerten Kommunismus – eine fast deckungsgleiche Übernahme der Nazi-Propaganda. Im Bericht über einen seiner sonntäglichen Rundfunkvorträge über „soziale Gerechtigkeit“ heißt es, nach einer Verurteilung der „Ungerechtigkeiten der Nazis gegen 600,000 deutsche Juden“: „Wann aber werden unsere jüdischen Mitbürger und ihre christlichen Hörigen endlich anfangen, die Mord- und Schandtaten der Kommunisten-Führer in Rußland, Mexiko und Spanien zu verurteilen?“ Und da der Kommunismus, in dieser Darstellung, aus dem Judentum hervorgeht, wird den Lesern nahegelegt, Juden seien für die Verfolgung der Katholiken in den genannten Ländern verantwortlich: „Der Nazismus ist nur der natürliche deutsche Auswuchs und Ausbruch gegen den von Juden geführten und finanzierten Kommunismus.“ (A 2. Dez. 1938) Solche propagandistischen Äußerungen mögen nicht unbedingt die Meinung aller Katholiken gewesen sein, doch sollte es zu denken geben, daß nach wie vor auch Vertreter der Hierarchie die Verfolgungsmaßnahmen der Nazis als gleichartig hinstellten, obwohl spätestens seit der Pogromnacht die unterschiedlichen Dimensionen deutlich sichtbar waren. So erklärte etwa Rev. Joseph D. Ostermann im Namen des

Bischöflichen Flüchtlingskomitees in einer Rundfunkansprache im Hinblick auf einen Spendenaufruf zu Weihnachten, die wachsende Heftigkeit der Rassen- und Religionsverfolgungen im Dritten Reich habe „die Härten für deutsche Protestanten, Katholiken und Juden in gleicher Weise verschärft.“

(A 9. Dez. 1938)

Daß es auch klare und bedingungslos kritische Äußerungen gab, belegt eine Stellungnahme aus ganz anderem Zusammenhang, von Menschen, die weder konfessionell noch national-ethnisch argumentieren, sondern sich für die deutsche Kultur engagierten: der offene Brief, den die American Association of Teachers of German an Hitler schrieb und über den in der gleichen Ausgabe der „Aurora“ ebenfalls ausführlich berichtet wird. Der Bericht sei hier im wesentlichen wiedergegeben, weil der Brief auf beeindruckende Weise aufzeigt, daß auch klare moralisch-politische Stellungnahmen möglich waren:

„Der ‚offene Brief‘ gibt zunächst dem ‚unsagbaren Grauen‘ der Absender über die Vorkommnisse ‚in dem einstigen Land der Dichter und Denker‘ Ausdruck. Er legt dann dem Adolf Hitler ‚die Zerstörung der Demokratie, der Rede-, Presse-, Gewissens- und Geistesfreiheit, wie die Zerschlagung der Arbeiterverbände und die Versklavung der deutschen Arbeiter, die Verbreitung der falschen Rasselehre, die Exilierung und Einsperrung der größten Denker, Dichter, Künstler, Musiker und Wissenschaftler des modernen Deutschland‘ und schließlich die ‚offenen Pogrome‘ zur Last, die schon von dem Präsidenten der Ver. Staaten so scharf verurteilt worden sind.

Der Brief beantwortet dann die Frage: ‚Warum fahren wir Deutsch-Lehrer trotz der von Ihnen und Ihrem Anhang verübten Missetaten gegen die Zivilisation fort, die deutsche Sprache zu lehren? Unsere Antwort hierauf ist die folgende: Wir lehren Deutsch, weil Deutsch die Sprache jener Millionen unterdrückter Menschen in Deutschland ist, die eines Tages ihren Abscheu vor dem barbarischen Regime, den sie gegenwärtig nicht zum Ausdruck zu bringen wagen, dadurch kundgeben werden, daß sie dieses Regime hinwegfegen. Dann wird Deutschland von neuem eine ehrenvolle Stellung unter den zivilisierten Nationen der Welt einnehmen.

‚Wir lehren die deutsche Sprache, weil sie die Sprache

der größten Männer ist, die Deutschland in früheren Zeiten hervorgebracht hat, die Sprache Lessings, Goethes, Schillers, Heines, Beethovens - Männer von einer Art, die im heutigen Deutschland nur in einem Konzentrationslager zu finden sein würde.

„Wir lehren die deutsche Sprache, weil Deutschland auf dauernde, von keinem politischen Regime, auch nicht von dem jetzigen Regime des Schreckens und des Wahnsinns, zu zerstörende kulturelle Leistungen hinweisen kann. Die deutsche Kultur ist kein Produkt des Nationalsozialismus.

„Wir lehren die deutsche Sprache, weil wir die prächtigsten und erhabensten Schöpfungen des deutschen Geistes für jenen Tag erhalten sehen wollen, an dem sich das deutsche Volk in seiner Macht erhebt und Sie und Ihren Anhang hinwegfegt und der Vergessenheit weiht. Wir lehren Deutsch wegen der großen Beiträge der deutschen Kultur zu unserer eigenen amerikanischen Zivilisation auf dem Gebiete der Literatur, Musik, Wissenschaft und Kunst, wie auch der erzieherischen und sozialen Ideale.

„Zum Schluß möchten wir Lehrer des Deutschen Ihnen sagen, daß wir die Tätigkeit Ihrer Agenten in den Vereinigten Staaten, die durch Organisationen, wie den ‚Amerika-Deutschen Volksbund‘, den Rassenhaß züchten und unsere demokratischen Einrichtungen zu zerstören suchen, auf’s schärfste verurteilen. In Gemeinschaft mit den Millionen der Amerikaner deutscher Abstammung hassen wir Ihr Regime und werden es mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen!“
(A 9. Dez. 1938)

Es bleibt anzumerken, daß die „Aurora“ ihr Erscheinen mit Ausgabe 11. Februar 1943 „für immer“ einstellte, nach 91 Jahren. „Leider muß die Tatsache erwähnt werden, daß die eingewanderten Deutschen nach dem Weltkrieg der Zeitung nicht den erhofften Zuspruch brachten“, schreibt die Redaktion zum Abschied (A 11. Feb. 1943)

V. Fazit und offene Fragen

Unter moralischen und politischen Gesichtspunkten ist der Befund eindeutig: Weder der national-ethnisch ausgerichtete „Volksfreund“ noch die katholisch geprägte „Aurora“ samt ihrer jeweiligen Leserschaft haben die verbrecherischen Dimensionen des Hitlerregimes gesehen oder sehen wollen. Da es - wenn man die englischsprachige Presse heranzog und ab und zu auch vereinzelte Stimmen aus dem deutsch-amerikanischen Raum hörte - für die aufmerksamen und unvoreingenommenen Leser genügend zuverlässige Hinweise darauf gab, daß die Horrormeldungen aus dem Reich keine Erfindungen waren, muß man leider annehmen, daß die Schreiber und Leser das NS-Regime nicht so sehen wollten, wie es sich von Anfang an zeigte. Insofern ist der Befund für beide Zeitungen gleich negativ und bedrückend. Es ist für heutige Leser schwer nachvollziehbar, wie der „Volksfreund“ angesichts der Fülle von Meldungen und ohne einem äußeren Druck ausgesetzt zu sein jahrelang an der Nazi-propaganda festhielt. Die abweichende Haltung der „Aurora“ bietet auch nicht mehr moralische Substanz. Die dort meist vertretene Anti-Nazi-Opposition ist so vollständig von den Interessen der eigenen Gruppe bestimmt und so wenig in einer grundsätzlichen Bewertung des Regimes begründet, daß sie sich von der des „Volksfreund“ nicht fundamental unterscheidet. Dies wird immer wieder sichtbar in dem Insistieren auf der eigenen Betroffenheit und dem Einfordern von Solidarität durch andere Verfolgte. Ganz zu schweigen von der Ideologie des Antisemitismus, die sie mit den Nazisympathisanten teilt und die ihre Zurückhaltung gegenüber einer Solidarität mit den Hauptverfolgten rechtfertigen soll. Es wäre für das Verständnis der weiteren Geschichte wichtig, zu wissen, wie die Deutschamerikaner und Katholiken damit fertig wurden, daß sie schließlich mit Kriegseintritt ihres Landes, den sie selber ja mehrheitlich vermeiden wollten, durch äußeren Druck also, ihre Haltung aufgeben bzw. verleugnen mußten.

Dennoch ist mit dem Befund über die Haltung der beiden Zeitungen noch keine endgültige Antwort gegeben auf die Fragen, die eingangs formuliert wurden: Für wen, für welche Teile der „German community“ sprachen die beiden Zeitungen überhaupt? Wie stark - organisatorisch, quantitativ, als Meinungsmacher - waren die Nazis in Buffalo tatsächlich?

Wie lief konkret die Zusammenarbeit bzw. Auseinandersetzung mit den eingewachsenen Vereinen ab, insbesondere zwischen den beiden konkurrierenden Dachverbänden? Welche Verbindungen gab es zwischen „Vereinsdeutschtum“ und „Kirchendeutschtum“? Wie sah konkret die Arbeit in den Kirchengemeinden aus, die Beteiligung von Geistlichen und Laien in den verschiedenen Konfessionen, wenn es um das Verhältnis zu Nazi-Deutschland ging, oder auch beispielsweise das Verhältnis zwischen deutschen und polnischen Katholiken? Welche Rolle spielte eine für den Katholizismus in Buffalo so traditionsreiche Einrichtung wie das Canisius College? Welche Hilfen gab es für die Flüchtlinge aus Deutschland, und von wem: nur von jüdischen Gemeinden, oder auch von christlichen? Was änderte sich bei Kriegseintritt der USA in den Vereinen und Kirchengemeinden?

Auch im Rahmen der Migrations- und Minoritätenforschung lassen sich am Beispiel einer Stadt wie Buffalo und der ethnischen Gruppe der Deutschamerikaner mit ihren unterschiedlichen religiösen Zugehörigkeiten weiterreichende Fragen präzisieren, etwa die nach der Bedeutung und Wichtigkeit unterschiedlicher Loyalitätsmuster: zum Herkunftsland, wie es von dessen Regierung verkörpert wird, und/oder wie es sich in seiner „Kultur“ (d.h. was man als solche definiert) zeigt, oder zur Religionsgemeinschaft als einer zwar vom Herkunftsland vermittelten, aber davon unabhängigen Bezugsgröße. Die deutschamerikanische Presse in Buffalo und ihre Leser identifizierten sich mit ihrem Herkunftsland auf ganz unterschiedliche Weise. Für den ethnisch-national eingestellten „Volksfreund“ zählte an erster Stelle die Stärke und Einheit der deutschen Nation, seine blinde Solidarität mit Hitler und seine Kritiklosigkeit gegenüber dem NS-Regime ergaben sich daraus. Für die katholische „Aurora“ galt die Stärke und Unversehrtheit der Kirche als oberstes Gut, daraus folgte die Solidarität mit den verfolgten Glaubensbrüdern und daraus wiederum die kritische Einstellung gegenüber den Nazis. Insofern waren für ihre Leserinnen und Leser unter den katholischen Deutschamerikanern die Religionszugehörigkeit und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen wichtiger als die Identifikation mit der deutschen Nation. In diesem Falle war also die religiöse Identität ein zu unter-

scheidender, unter Umständen stärkerer Faktor als die national-ethnische. Charakteristisch für die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche in den USA war und ist ja, daß sie nicht auf eine ethnisch-nationale Gruppe beschränkt ist: Deutsche Katholiken fanden sich, spätestens seit den 1920er Jahren, in ihrer Kirche wieder mit Iren, Italienern, Polen, mit denen sie mehr gemeinsam hatten als mit deutschen Protestanten, mit sehr konkreten Auswirkungen, etwa Heiratsmöglichkeiten betreffend. Für deutsche Einwanderer und ihre Nachkommen bot also das Haus der Kirche einen breiten Zugang zu anderen ethnischen Gruppen der amerikanischen Gesellschaft mit daraus folgenden Integrations- und Assimilationsangeboten.

Verfolgt man diese Frage nach dem Verhältnis von national-ethnischer zu religiöser Identität etwas weiter, ergeben sich weitere Fragen: Inwieweit gilt die Trennung auch für andere Gruppen? Für Iren und Polen etwa hat die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche eine eminent politische Bedeutung als Merkmal ihrer ethnisch-nationalen Identität: die beiden Identitäten, religiöse und ethnisch-nationale, können sich also gegenseitig verstärken. Aber auch für sie ist die katholische Religion nicht nur auf ihre Ethnie beschränkt, wie sie in der Mitgliedschaft der anderen ethnischen Gruppen ja erleben. Das ist wiederum anders bei den ethnischen Gruppen, bei denen die religiöse Zugehörigkeit deckungsgleich ist mit der ethnischen, etwa bei den Griechisch-Orthodoxen oder auch den Juden. Insofern wirft diese Hypothese Fragen auf, die auch im Kontext anderer Einwanderungsgesellschaften relevant sein können: Bei welchen Migrantengruppen decken sich religiöse und ethnische Zugehörigkeit? Wenn sie nicht deckungsgleich sind: gibt es Überschneidungen der Religionszugehörigkeit mit anderen ethnischen Gruppen von Einwanderern oder Einheimischen, und wie wirken diese sich auf Gruppenbildung aus? Welche doppelten oder überschneidenden Identitäten oder Loyalitäten (Harrington 1982) ergeben sich, nicht nur zwischen Herkunftsland und Einwanderungsland, sondern auch zwischen Religionsgemeinschaft und ethnischer Gruppe?

Vorausgesetzt wird dabei, daß Ethnizität und Religion in modernen industriellen Einwanderungsgesellschaften über-

haupt einen Stellenwert behalten - was keineswegs unumstritten ist - und wie dieser ggf. zu bestimmen ist. In den USA ist seit den dreißiger Jahren Ethnizität und Religion immer mehr eine Frage persönlicher, individueller Entscheidung geworden. In diesem Prozeß der Individualisierung von Identitäten können sich auch neuartige Verbindungen zwischen Ethnizität und Religion ergeben (vgl. Alba 1990, 304-305). Aber auch hier ist zu fragen: Lassen sich die amerikanischen Erfahrungen auf die anderer Einwanderungsgesellschaften, etwa Deutschlands, übertragen, wo die einheimischen Religionsgemeinschaften anders verfaßt und mit einzigartigen Privilegien ins politische System eingebunden sind und den Konkurrenzdruck nicht kennen, dem die amerikanischen Konfessionen und Gemeinden ausgesetzt sind (Stark 2000)? Sind die Migrantenreligionen in gleicher Weise und im gleichen Zeitraum von Prozessen der Säkularisierung, die eine Individualisierung ermöglichen, betroffen wie die christlichen Konfessionen? Oder laufen bei Migrantengruppen andere Prozesse ab? Hat in einer Einwanderungsgesellschaft Religion eine andere Funktion für eine Minderheit als für die Mehrheit? Für die weitere Arbeit über Fragen der Migration und der Identität von Migrantengruppen bietet Dortmunds Partnerstadt Buffalo, als eine typische Stadt des amerikanischen Nordostens, also wertvolle Anregungen und Untersuchungsmaterialien.

VI. Literatur

ABZUG, Robert H.: *America Views the Holocaust 1933-1945. A Brief Documentary History* Boston: Bedford/ St. Martin's, 1999.

ADLER, Selig, CONNOLLY, Thomas E.: *From Ararat to Suburbia. The History of the Jewish Community in Buffalo* Philadelphia: Jewish Publication Society of America, 1960.

ALBA, Richard D.: *Ethnic Identity: The Transformation of White America*. New Haven and London: Yale University Press 1990.

ARNDT, Karl J. R.; OLSON, May E.: *German-American Newspapers and Periodicals 1732-1955. History and Bibliography* 2. Aufl. New York: Johnson Reprint, 1965.

BAYOR, Ronald H.: *Neighbors in Conflict. The Irish, Germans, Jews, and Italians of New York City, 1929-1941* Baltimore and London: Johns Hopkins Univ. Press, 1978.

BRADY, Charles A.: *The First Hundred Years: Canisius College 1870-1970* Buffalo: Canisius College, 1969.

CANEDY, Susan: *America's Nazis. A Democratic Dilemma. A History of the German American Bund* Menlo Park/ CA: Markgraf Publ., 1990.

DIAMOND, Sander A.: *The Bund Movement in the United States: An Overview*, in: TREFOUSSE, H. L.: *Germany and America: Essays on Problems of International Relations and Immigration* New York: Brooklyn College Press, 1980, S. 183-196.

DOBKOWSKI, Michael N.: *The Policies of Restrictionism: Anti-German Refugees Face a Cold World*, in: TREFOUSSE, H. L.: *Germany and America: Essays on Problems of International Relations and Immigration* New York: Brooklyn College Press, 1980, S. 199-214.

FALK, Gerhard: *The Reaction of the German-American Press to Nazi Persecutions, 1933-41*. In: *Journal of Reform Judaism* (1985), S. 12-23.

HARRINGTON, Mona: Loyalties: Dual and Divided. The Politics of Ethnicity. In: WALZER, Michael et al.: *The Politics of Ethnicity*. Cambridge/MA: Harvard University, 1982, S. 93-138.

HENNESEY, James: *American Catholics. A History of the Roman Catholic Community in the United States* Oxford etc.: Oxford Univ. Press, 1981.

HOLIAN, Timothy J.: *The German-Americans and World War II. An Ethnic Experience* New York etc.: Peter Lang, 1998.

O'BRIEN, David J.: *Public Catholicism* 2. Aufl. Maryknoll/ NY: Orbis, 1996.

PICKL, Norbert: *Die amerikanische Interpretation des faschistischen Totalitarismus* München: Phil. Diss. Universität, 1965.

RIPPLEY, LaVern J.: *The German-Americans* Lanham: University Press of America, 1984.

RIPPLEY, LaVern J.: Erleichterte Amerikanisierung. Die Wirkung des Ersten Weltkriegs auf die Deutschamerikaner in den zwanziger Jahren, in: TROMMLER, Frank (Hrsg.), F.: *Amerika und die Deutschen. Die Beziehungen im 20. Jahrhundert* Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 168-181.

SMITH, Arthur L., Jr.: The Foreign Organization of the Nazi Party and the United States, in: TREFOUSSE, H. L.: *Germany and America: Essays on Problems of International Relations and Immigration* New York: Brooklyn College Press, 1980, S. 173-182.

STARK, Rodney: Die Religiosität der Deutschen und der Deutschamerikaner: Annäherung an ein „Experimentum Crucis“, in: GERHARDS, Jürgen, Hg.: *Die Vermessung kultureller Unterschiede. USA und Deutschland im Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 111-125.

STRAUSS, Herbert A.: Kontinuität im Wandel.
Der deutsch-jüdische Einwanderer seit 1933, in: TROMM-
LER, Frank (Hrsg.), F.: *Amerika und die Deutschen. Die
Beziehungen im 20. Jahrhundert* Opladen: Westdeutscher
Verlag, 1986, S. 193-212.

STRAUSS, Herbert A.: Zur sozialen und organisatorischen
Akkulturation deutsch-jüdischer Einwanderer der NS-Zeit
in den USA. In: FRÜHWALD, Wolfgang und SCHIEDER,
Wolfgang (Hrsg.): *Leben im Exil. Probleme der Integration
deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933-1945*. Hamburg:
Hoffmann und Campe, 1981, S. 235-259.

WILHELM, Cornelia: *Bewegung oder Verein? Nationalsozia-
listische Volkstumspolitik in den USA*. Stuttgart: Franz
Steiner 1998.

WITKE, Carl: *The German-Language Press in America* New
York: Haskell House, 1973.

VII. Veröffentlichungen des Autors seit 1995 zu deutsch-amerikanischen und verwandten Themen

Von Einwanderern und Feierabenddeutschen. Forschungsbericht zur Geschichte und Gegenwart der Deutschamerikaner in Buffalo, N.Y. Mit einem Anhang: Reise zu deutschen Siedlungen im Mittleren Westen der USA. Fachhochschule Dortmund 1996. (Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung Nr. 16).

Der erste grüne Indianer: Archie Belaney, alias Wäscha-kwonesin/ Grau-Eule, in: *Beiträge Jugendliteratur und Medien*, 48. Jg. Heft 1/ 1996.

Indianer und andere Wilde. Historische und neue Ansichtskarten. Eine Ausstellung der Fachbereiche Design und Sozialpädagogik. Kommentierende Texte. Fachhochschule Dortmund, 13. November bis 11. Dezember 1996.

„Buffalo Bill's Wild West“ in Dortmund 1891 und seine Begegnung mit Karl May in Dresden 1906, in: *Studies in the Western*, vol. IV, no. 1&2 (1996).

Zur Multikulturalismus-Diskussion in Nordamerika, in: *Kommune*, Juni 1997.

Multiculturalism in Social Work Education. Bericht über eine Informationsreise nach Toronto und Buffalo, Sommer 1995. in: *Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit*, Nr. 2/ 97.

Chancen der Partnerschaft Dortmund-Buffalo, in: *Brücken* (Dortmund), 1/ 1998.

Indianische Spiritualität und christlicher Glaube: der Seher und Katechet Black Elk, in: *Orientierung* (Zürich), 62. Jg., Nr. 18, 30. September 1998.

Zwei Fotos aus Amerika [Karl May 1908 am Grab Red Jackets in Buffalo und in der Tuscarora-Reservation], in: *Mitteilungen der Karl-May-Gesellschaft*, Nr. 118, Dezember 1998.

Ethnizität als Freizeitspaß. Feste und Vereine der Deutschamerikaner in Buffalo, N.Y.. In: SCHULTE, Axel und THRÄNHARDT, Dietrich (Hrsg.):

International Migration and Liberal Democracies. Internationale Migration und freiheitliche Demokratien. Jahrbuch Migration - Yearbook Migration 1999/2000. Münster etc.: LIT, 1999, S. 165-211.

Reports from Germany and America in the 1890s on encounters between Germans and American Indians. Paper presented at the conference „Indianer und Deutsche - Deutsche und Indianer“, Dartmouth College, Hanover, N.H., May 1999.

Deutsch-amerikanischer Austausch, in: Rektor der Fachhochschule Dortmund, Hg. *Berichte aus Forschung & Entwicklung. Vorträge anlässlich der effét 1997*. Fachhochschule Dortmund 1999.

Rothäute, Schwarzröcke und heilige Frauen. Deutsche Berichte aus den Indianer-Missionen in South Dakota, 1886-1900. Bochum: Projekt-Verlag 2000.

Soziale Relevanz der Selbstorganisationen von Zuwanderern - theoretischer Hintergrund. Referat auf der Tagung „Auf der Hälfte des Weges - Aspekte der Selbsthilfe von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in NRW“, Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, 18. März 2000 (im Druck).

Indians Playing, Indians Praying. German Reports on Native Americans in Wild West Shows and in Catholic Missions. In: CALLOWAY, Colin, ZANTOP, Susanne, eds.: *Indianer und Deutsche - Deutsche und Indianer. Cultural Encounters in three Centuries*, University of Nebraska Press (im Druck).

Karl May Meets Indians in Germany. Paper to be presented at the International Karl May Symposium, Lubbock (Texas), September 7, 2000.

Die inszenierte Authentizität der Völkerschauen, in: HELLER, Heinz-B., PRÜMM, Karl (Hg.): *Der Film im Ensemble der Künste um 1900*. Sammelband über die gleichnamige Konferenz an der Universität Marburg, Oktober 1995 (erscheint 2001).